Die kommunistische, marxistische Ideologie wird verwässert und die Partei verwandelt sich schließlich in einen Wahlverein.

„Während die Bedeutung des Parlamentarismus — schreibt Pannekoek an anderer Stelle in der schon erwähnten Schrift — einerseits das Uebergewicht der Führer über die Massen stärkt, also konterrevolutionär wirkt, hat sie andererseits die Tendenz, diese Führer selbst zu verderben. Wenn persönliche Geschicklichkeit ersetzen muß, was an aktiver Massenkraft fehlt, tritt eine kleinliche Diplomatie auf: die Partei, mag sie mit anderen Absichten hineingegangen sein, muß sich einen legalen Boden, eine parlamentarische Machtstellung zu erwerben suchen; so wird schließlich das Verhältnis zwischen Zweck und Mittel umgekehrt und es dient nicht das Parlament als Mittel zum Kommunismus, sondern der Kommunismus als werbende Lösung steht im Dienste der parlamentarischen Politik. Damit bekommt aber auch die kommunistische Partei selbst einen anderen Charakter. Aus der Vorhut, die die ganze Klasse zum revolutionären Handeln hinter sich sammelt, wird sie zu einer parlamentarischen Partei, mit derselben legalen Position wie die anderen, gleichartig sich mit den anderen herumzankend, eine Neuauflage der alten Sozialdemokratie unter neuen radikalen Losungen."

Die antiparlamentarische Stellung der Partei folgt also einzig und allein aus der konterrevolutionären Auswirkung der Wahlbeteiligung und der parlamentarischen Betätigung auf die Ideologie der Arbeiterklasse und das Wesen der kommunistischen Partei.

Gegen diese schwerwiegenden prinzipiellen Gründe für Ablehnung des Parlamentarismus haben die Bolschewiki, hauptsächlich Lenin, die „schlaue" Taktik erdacht, die parlamentarischen Illusionen der Arbeitermassen durch Beteiligung am Parlament zu „zerstören". Man sollte den Parlamentarismus gebrauchen, um zu zeigen, daß er nicht helfen kann. Diese „schlaue" Taktik hat Gorter in seinem „Offenen Brief an Lenin" arg bespottet. Dort schrieb er: „Sie suchen die Arbeiter auf schlaue Art zu überlisten. Sie bringen sie in den Strick und lassen sie hängen. Sie befolgen die Taktik der Bauernvölker . . . "

Die Praxis des „revolutionären" Parlamentarismus der 3. Internationale (mit welcher auch die Sozialdemokratie auf die politische Bühne trat) hat gezeigt, daß die Wahlbeteiligung und die parlamentarische Betätigung nicht die bürgerlich-demokratischen Illusionen zerstören, sondern sie stärken. Denn der Parlamentarismus einer proletarischen Partei setzt parlamentarische Illusionen in den Arbeitermassen voraus und die Wahlagitation wie die Aufforderung zur Wahlbeteiligung stärken die Illusionen. Die Absicht, sie mit Hilfe der Agitationsmöglichkeiten und sonstigen Vorteilen, die der Parlamentarismus bietet, zu zerstören, nachdem man sie selbst großgezüchtet hat, um ins Parlament zu kommen, erweist sich als eine Utopie. Die parlamentarische Partei ist bald gezwungen, den Geistern, die sie durch ihre Wahlbeteiligung geweckt hat, Rechnung zu tragen. Um die Wähler nicht zu verlieren, ist sie gezwungen, positive, d. h. reformistische Parlamentsarbeit zu leisten.

Der „revolutionäre Parlamentarismus" der 3. Internationale hat in viel kürzerer Zeit dieselbe Wandlung wie der sozialdemokratische durchgemacht. Er bereitet schon längst praktische Reformarbeit und tut auch den Ministerialismus schon hinter sich. Selbst die Linke der KPD. unter Ruth Fischer-Führung hat 1924 die Taktik der parlamentarischen Sabotage mit Kindertrompeten aufgegeben und den Kurs auf praktische Parlamentsarbeit und verschiedenen Ministerialismus (die Volksblocktheorie) eingeschlagen. Heute darf kein denkender Proletarier bestreiten, daß die Entwicklung den Streit zwischen der KAP. und der 3. Internationale auch in der Frage des Parlamentarismus zugunsten der KAP. entschieden hat.

Der Bankrott der Taktik der 3. Internationale und ihre Krise schaffen günstigen Boden für unsere Taktik unter die Arbeiterklasse. Eine Gefahr dafür aber ist die Verflachung der Argumentation, die eine Resolution der Leipziger Gruppe der Partei zum Ausdruck bringt (siehe die „Information" des GHA.). Dort heißt es:

„Mit dem Versprechen der Ausnützung der Immunität, der Diäten, der Fahrkarte zu Aufklärungszwecken für den revolutionären Kampf läßt sich jeder Parlamentarismus einer linken Gruppe bei kommenden Wahlen rechtfertigen".

Mag ist also der Ansicht, die Moskauer Jünglinge und Korsch mit seinen Anhängern in neuer Auflage verbreiten, daß die sogen. Vorteile des Parlamentarismus eine Rechtfertigung für Wahlbeteiligung und parlamentarische Betätigung sein könnten. Ein besseres Zeugnis dafür, daß die Leipziger Genossen die tieferen prinzipiellen Gründe unserer antiparlamentarischen Stellung nicht kennen, ist kaum denkbar. Das muß jedoch eine Mahnung für die gesamte Partei sein. Eine solche Verflachung der Parteiargumente darf sie nicht dulden; sonst läuft sie Gefahr, von der Arbeiterklasse so ernst genommen zu werden, wie die Helden des „Proletarischen Zeitgeistes". Die Partei muß klar unterscheiden, daß die „Vertreter" ihrer Anschauungen, die lediglich Spaßvögel sind, die sich selbst der Hand entzogen haben, als zu studieren und zu begutachten, für die Partei nur Bärendienste leisten.

•

Von der Presseabteilung der KAZ. Wir fordern die Leipziger Genossen auf, ihren falschen Standpunkt zum Parlamentarismus, wenn sie ihn noch aufrechterhalten wollen, in einem Artikel für die KAZ. zu begründen. Das steht auch allen Parteimitgliedern zu, die mit dem hier abgedruckten Artikel nicht einverstanden sind. Wir erwarten auch, daß die jungen Hamburger Genossen, die den antiparlamentarischen Standpunkt der Partei damit begründen wollen, daß sie durch Annahme von Diätengeldern korrumpiert werden könne, ihren „Standpunkt" in den Spalten der KAZ. zu vertreten wagen.

Aus der Bewegung

Ruth Fischer macht Versammlung

Am Mittwoch, den 5. Oktober, lud in Buckers Festsälen, Weberstraße, eine von der Ruth-Fischer-Gruppe einberufene Versammlung statt.

Noch aus dem Kloster Aufgrup hatte man einen Gesangverein bestellt. Die zwei Lieder, welche der vortrug, waren wohl der einzige Inhalt des Diskussionsabends. Ruth Fischer sollte sprechen über „Kommunismus oder Reformismus".

Da das aber, wenn man solch ein Thema nicht sauber ist in dieser Richtung, sehr schwer ist, mag sie vor den Arbeitern allerhand zu erzählen, möglichst durcheinander, damit sie sich nicht selbst abrücken brauchte.

Erst kamen die Evolutionen des Tages, Hindenburgrummel, dann der Dawesplan, wobei gekonnte Sprachbeherrschtheit, wobei man vergaß zu sagen, was man aus diesem Urabstimmungstheater für Konsequenzen zu ziehen hat. Sie verstand es wie immer, auf alle Fragen betreffs Stellung zur Gewerkschaftsfrage sich abhalten, Antworten zu geben, trotz ihres bestimmten erbaulichen Charakters. Sie gab dann an der Weltlage über, wurde mit Detailfragen von Lokalbedeutung zu sich, wobei einem ganz schwindlig wurde und setzte sich dann auf ihr Steckenpferd „Rußland". Erst kam das übliche Gezeter über die Schlechtigkeit der Stalin-Leute und dann einige Neuigkeiten über den Terror gegen die „Linken" in Rußland.

Trotzdem sie selbst feststellte, daß 90 Prozent des Warenmarktes in Privathänden liegt und andere derartige Dinge, wehrt sie sich schreiend dagegen, als einige z. T. Jünger sie rußlandfeindlich nannten. Man muß sich tatsächlich wundern, wie lange es bei den Anhängern dieser orthodoxen leninistischen Kleinbürger dauert, ehe sie sehen, daß es sich bei ihren „Führern" und deren „Opposition" um nichts anderes handelt als darum, das sie sich an die Stelle der heutigen Partei und Komintern-Leitung wünschen.

Zwei Stunden lang ergoß sich der Redefluß der „großen" Ruth über die Versammlung.

Der Leiter der Versammlung, der abgebaute Jungfront-Häuptling Mätzchen, schlug dann 15 Minuten Redezeit vor, welche auch ziemlich zweifelhaft angenommen wurde. In der nun folgenden Diskussion, die sehr tief stand, tobten sich alle möglichen Jesusgreifer aus.

Interessant war nur der Korschmann Schoodt, der in seiner Eile wörtlich sagte, „Wir erkennen selbstverständlich an, daß die „Neu notwendig war und ist.". Korsch, warum so prüde, immer hin zur Ruth. „Abgebaute aller Länder, vereinigt Euch". Scholem hielt darauf eine Vorlesung aus den Erklärungen von russischen Oppositionellen.

Als einige Zwischenrufer von ihm verlangten, positiv etwas zu sagen, was die Ruth-Gruppe tun wolle und wie sie sich stellt zum Parlament und zur Gewerkschaft, sagte er, „Unsere Stellung ist immer noch die gleiche wie seit Jahren."

Es kam jetzt wie üblich der Schlußantrag, der auch angenommen wurde. Es war dadurch unseren Genossen leider nicht möglich, den anwesenden Arbeitern die Augen zu öffnen über die Sorte von „Führern", welche jetzt wieder wie schon so oft, mit allen möglichen Politikantentricks die Arbeiter verwirren und versuchen ihr Schlachen ins Trockne zu bringen.

Ruth Fischer erhielt das Schlußwort. Sie zerdrückte wieder einige Tränen über die „persönlichen" Angriffe auf sie. Dann schrie sie einige Mal „Schließt Euch uns an, her zu uns", den orthodoxen Leninisten und das Beisammensein war aus.

Wenn man daran denkt, was für eine „große" Rolle diese Leute noch vor nicht langer Zeit spielten und jetzt, wo ihnen die Kulisse der großen Organisation fehlt, zeigt sich mit aller Deutlichkeit, wie hohl und dumm sie sind.

Aus der Partei

Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg

Am 2. Oktober tagte eine kombinierte Bezirkskonferenz von Berlin-Brandenburg, die unter die Fragen, die beide Organisation in letzter Zeit oft so stark beschäftigten, einen Schlußstrich zog, und die zukünftige Arbeit skizzierte. Ein Genosse sprach zum ersten Punkt: politische Lage, und legte dar, daß der Aufbau des Kapitalismus eine ungeheure Verschärfung der Klassengegensätze zeitigt, und mit dem Panzer der Demokratie der wachsende Gegendruck der Probe bereits paralysiert werden soll; die Gewerkschaften jedoch durch diese ihre Rolle ihren eigenen Kredit immer mehr untergraben müssen. Daraus entspringt für die Union die Aufgabe, den Arbeitern den Verrat der Gewerkschaften zu analysieren, ihnen an Hand der Schlichtungspraxis zu beweisen, daß ihr Kampf nur Sinn hat, wenn das Proletariat sich unter der Kampftaktik der K. A. P. D. und A. A. U. sammelt, und den eisernen Ring durchbricht. Die Konferenz unterstrich einmütig, daß die Situation für Partei und A. A. U. günstig sei, daß alles getan werden müsse, um beide Organisationen von den inneren Hemmungen zu befreien, unter denen sie seit Monaten leide.

Im zweiten Punkt wurden die aus der Liquidierung der „Entschiedene Linke" zusammenhängenden Fragen behandelt, und folgende Resolution einstimmig angenommen.

Entschließung:

1. Der sogenannte Fall Schwarz, der in einigen Ortsgruppen zu Differenzen geführt hat, ist eine rein taktische Frage der Partei. (Die sogenannte Opposition erklärt in ihrem Rundschreiben Nr. 1 selbst, daß die von der Mehrheit der Partei getroffene Lösung „an sich nicht gegen die prinzipielle antiparlamentarische Einstellung der Partei verstößt.") Diese Zweckmäßigkeitsfrage ist durch die vom Hauptausschuß der KAP. angeordnete Reichs-Urabstimmung entschieden und somit der Mehrheitswille der Mitgliedschaft maßgebend.

Die kombinierte Bezirkskonferenz erblickt in der Lösung dieser Frage keine Verletzung der Prinzipien unserer antiparlamentarischen Politik und betrachtet es als ein Verbrechen an der revolutionären Arbeiterbewegung, daß einzelne Mitglieder den Standpunkt der Minderheit mit Hilfe der Beitragssperre durchsetzen wollen, wodurch faktisch nur unsere politische Aktionskraft geschwächt wird. Die Bezirkskonferenz fordert deshalb alle Genossen auf, über die Fraktionsarbeit der abseits stehenden Propagandisten der organisationszerstörenden Beitragssperre endlich zur Tagesordnung überzugehen.

2. Die sogenannte Opposition fordert in einem Rundschreiben die Ortsgruppen auf, die Einberufung eines Parteitages zu verlangen, wo der sogenannte Fall Schwarz unter Zulassung der außerhalb stehenden Gruppen erneut aufgerollt werden soll.

Die kombinierte Bezirkskonferenz erklärt dazu, daß über unsere politische Taktik nur Proletarier entscheiden können, die ihre elementaren Klassenkampfpflichten innerhalb unserer Organisationen erfüllen. Außerhalb der KAP. stehenden Arbeitern das Diskussionsrecht auf unseren Parteitagen im Prinzip einzuräumen, heißt, die Reichstagungen der organisierten Kommunisten zu öffentlichen Diskussionsabenden herabzuwürdigen, heißt fraktionelle Zersetzungsarbeit innerhalb unserer Organisation zum Prinzip zu erheben.

Die Bezirkskonferenz macht deshalb den Reichskörperschaften zur unbedingten Pflicht, die organisatorischen Vorbedingungen eines künftigen Parteitages schon jetzt herzustellen und mit allen Mitteln zu sichern.

Die in der „Information" wiedergegebene Resolution der Berliner Zentrale der KAPD., die sich der Bezirk Nowawes zu eigen gemacht hatt, fand ebenfalls einstimmige Annahme. Sie lautet:

Entschließung der Berliner Zentrale.

Der Organisationsgrundsatz der KAP. lautet:

In der Organisation werden alle Fragen nach dem Willen der Mehrheit der Mitglieder entschieden. Danach hat sich nach einer Abstimmung die Minderheit der Mehrheit zu fügen, wenn es die Frage nicht von solcher prinzipiellen Bedeutung hält, daß sie die Spaltung notwendig macht. Eine Minderheit, welche nicht so handelt, verstößt gegen den Organisationsgrundsatz der Partei, welche die Grundlage für den Bestand einer Organisation überhaupt ist. Deshalb darf und kann eine Organisation, die sich nicht aufgeben will, die Handlungsweise einer solchen Minderheit nicht dulden.

Angeboren von diesem Organisationsgrundsatz der KAPD. und von den Tatsachen:

1. daß, nachdem eine Abstimmung zur Frage Schwarz stattgefunden und in Berlin und im Reich eine Mehrheit für den Standpunkt des GHA. ergeben hat, drei Berliner Bezirke in letzter Hinsicht (L. 7. und 4. u. 18.) „unerhört über Kopf genommen" durch Beitragssperre für Partei, Union und VKUK.) durch Boykott des Kampfrules und Verweigerung jeder Parteiarbeit die Partei sabotieren wollen;

2. daß diese drei Bezirke eine neue Urabstimmung im Reichsmaßstabe unmöglich gemacht haben, durch ihre, alle Grundsätze der Organisation verletzende Forderung, von denen sie „nicht ablassen" wollen;

3. daß sie sich als Organisation mit eigenem Arbeitsausschuß konstituiert und alle Mitglieder ausgeschlossen haben, die ihre Beiträge weiter der Groß-Berliner Organisation zahlen wollen;

beschließen wir:

1. Die Mehrheit der genannten Bezirke hat sich mit der Beitragssperre, Boykott des Kampfrul und Ablehnung der Parteiarbeit, selbst außerhalb der Partei gestellt.

2. Mitglieder und Gruppen der Partei, die von Moment der Abstimmung dieses Antrages ab diese organisationszerstörende Handlungsweise der drei Bezirke billigen, die auf irgendwelche Art und Weise sie unterstützen, oder in organisatorische Verbindung mit ihnen treten, hören auf Mitglied der Partei zu sein. Sollten sie aber so verlogen sein, und noch in der Partei verbleiben zu wollen, um nach bolschewistischem Muster Zersetzungszellen der Partei zu bilden, muß sie die Partei ausschließen.

3. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die drei Bezirke, solange sie ihre parteizerstörenden Maßnahmen nicht fallen lassen, und folglich keine Mitglieder der Partei sind, auf keiner Konferenz oder Parteitag zugelassen werden dürfen.

4. Der seit langem von der Partei beabsichtigte Parteitag kann und muß stattfinden, nachdem die neugegründeten Gruppen sich konsolidiert haben. Nur so kann er fruchtbringend sein.

•

Die sogen. „Opposition", deren Prinzip die Beitragssperre ist, versuchte durch eines ihrer Zellenaktikmanöver die Konferenz für ihre undurchsichtigen Zwecke zu engagieren. Die Konferenz lehnte es jedoch ab, sich mit solchen „Genossen", deren Ziel die Sprengung der revolutionären Organisationen ist, über Fragen des Klassenkampfes zu unterhalten. Zu der Erkenntnis, daß es hier kein Kompromiß mehr geben kann, hat diese „Opposition" selbst erfreulicher Weise beigetragen. In den Berliner Unterbezirken versandte diese „Opposition" ein Rundschreiben mit einem Rattenschwanz von Parolen, darunter: Gegen die Koalition mit einem „wortbrüchigen Parlamentarier". In ihrem „vertraulichen" Rundschreiben, das sie an das Reich sandte, liefert sie selbst den Beweis, daß sie nur auf den Dummenfang ausgeht, in dem sie dort schreibt, daß die von der Mehrheit der Partei getroffene „Maßnahme „an sich nicht gegen die prinzipielle antiparlamentarische Einstellung der Partei verstößt". Weiter heißt es in dem Berliner Rundschreiben, daß die Mehrheit der Mitglieder gegen die „Körperschaften" beschlossen habe, in dem Rundschreiben nach dem Reich gibt diese Opposition ihre eigene „Mehrheit" auf vierzig Prozent (!) an, wobei man natürlich die Wahrheitsliebe dieser Opposition berücksichtigen muß. Eine Ortsgruppe der AAU. in Lauban begründet ihre Beitragssperre mit dem Liquidierungsaufruf der KAPD. in „KAZ." Nr. 54, den die Mitgliederversammlung der EL. in Berlin in einer Resolution begrüßt. Die Ortsgruppe Lauban bezeichnet die „Körperschaften" als „korrupt", weil sie diesem Antrag unterschrieben haben. Anscheinend haben diese Genossen diese ministerbliche Blamage dadurch verursacht, daß sie das Schreiben dieser „Opposition" gar nicht verstanden haben. Ihnen genügt schon, wenn sie von „Korruption" hören! In Anbetracht der so selbst dokumentierten Verlogenheit und Prinzipienlosigkeit fordert die Konferenz den Hauptausschuß der Partei auf, schnellstens einen Centralausschuß einzuberufen, um einen Parteitag der KAPD. vorzubereiten, und richtet an alle Genossen der KAPD. und AAU. den Appell, eine „Opposition" von sich abzuschütteln, die, bar aller Prinzipien, ein Schmarotzerdasein am Körper der revolutionären Organisation fristet, und deren einziger „Grundsatz" die Abdrosselung der revolutionären Propaganda ist.

Mitteilungen

Einberufung des Zentralausschusses.

Auf Grund der Anträge verschiedener Ortsgruppen wird der Zentralausschuß der KAPD zum 29. und 30. Oktober 1927 nach Berlin einberufen.

Geschäftsführender Hauptausschuß der KAPD.

Kombinierte Mitgliederversammlung der KAPD. und AAU.

Dienstag, den 11. Oktober, abends 7.30 Uhr: Konkordia-Säle, Andreasstraße. Thema: Stellungnahme zur Zentralausschußsitzung. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Bez.-Konferenz Rheinland-Westfalen.

Sonntag, den 16. Oktober, morgens 9 Uhr, findet in Düsseldorf eine kombinierte Bezirks-Konferenz der AAU. sowie KAPD. mit folgender, vom Bez.-Arb.-Ausschuß und Partei-Leitung provisorisch vorgeschlagenen Tagesordnung statt.

1. Wirtschaftliche Lage und unsere Aufgaben.
2. Organisatorisches.
3. Verschiedenes.

Ausführliche Anträge müssen unbedingt vertreten sein. Näheres im Rundschreiben!

Chemnitz.

Sonnabend, den 15. Oktober, abends 8 Uhr, südwestlicher Gruppenabend. Diskussion über: Der historische Materialismus. Sympathisierende, Leser der KAZ. und des „Kampfruf" erscheint zahlreich. Lokal „Stadt Kamenz", Unt. Aktienstr. (Nähe Hauptbahnhof). AAU.—KAP. Chemnitz.

Paul Schulz

Am Mittwoch, den 5. Oktober, ist nach langer Krankheit unser Genosse Paul Schulz bei einer Operation gestorben. Genosse Schulz kam aus dem Spartakusbund zu uns und war Mitbegründer der Partei und der Union. Die Organisationen verlieren in ihm einen ihrer aktivsten Mitglieder und die revolutionäre Arbeiterbewegung einen tapferen Streiter für den Kommunismus. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Einäscherung findet am Montag, den 10. Oktober, um 5 Uhr nachmittags im Krematorium statt. Die Genossen beider Organisationen werden um rege Beteiligung ersucht.

A. Unterbezirk KAPD. und AAU.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Schulz, Neukölln. Druck: Erdmann & Co. Berlin SO 36, Moritzpl. 6761.

8. Jahrg. Nr. 79 — Preis 15 Pfg.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13. Telephon-Nr.: Moritzplatz 7832.

Berlin, 14. Oktober 1927

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Bln. SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Das Ende der Konjunktur

Rückblick und Ausblick

Wir schrieben schon vor einiger Zeit, daß die von dem deutschen Unternehmertum und seinen Presselakaien mit Hosianna und Paukenschlag verkündete „Konjunktur" sich unwiderruflich ihrem Ende nähert. Wir hatten auch das innere Wesen dieser „Konjunktur" beleuchtet als einer Binnenmarkts- und Produktionsmittelkonjunktur, die auf dem Wege zu einer wirklichen Entfaltung der deutschen Wirtschaft, die nur auf der Grundlage einer Entfaltung der Kaufkraft der Massen im Innern und der höchsten Aktivierung der Zahlungs- und Handelsbilanz nach außen gedacht werden könnte, elend zusammengebrochen war.

Wir hatten auch bewiesen, daß eine solche Lösung unter kapitalistischen Verhältnissen unmöglich ist; denn niemand vermag anzugeben, — um nur Eines herauszugreifen, — wie etwa die deutsche Wirtschaft — selbst unter den Daumenschrauben der verzweifeltsten „Rationalisierung" instandgesetzt werden könnte, durch eine Steigerung des Exports weit über Vorkriegsmaß hinaus, auch nur die steigende Belastung durch den Dawesplan — von der Verzinsung und Abtragung der privaten Anleihen ganz abgesehen — aufzubringen und auf weiter zu machen. Es kommt hinzu, daß die „Rationalisierung" der deutschen Kapitalisten fast zu 100 Prozent in der völligen Ausbeutung der Arbeiterklasse besteht. Damit wird auch jene Linderung der Wirtschaftskrise, die von einer Steigerung der wirklich konsumierenden Massen — und nicht etwa der Unternehmer-„Konsumenten" — ausginge, die mit gepumptem Geld Produktionsmittel kaufen, zur Utopie. Die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit im Sommer vorübergehend zurückging, ändert am Wesen der Dinge nichts. Im übrigen ist bekannt, daß auf diesem Gebiet demnächst mit einem Stillstand zu rechnen ist. —

In den letzten Tagen mehren sich auch sonst die sichtbaren Anzeichen dafür, daß die „schönen Tage von Aranjuez" für die deutsche Kapitalistenklasse vorüber sind. Die gepumpten Gelder reichen immer weniger, um den schönen Schein vor der Welt aufrecht zu erhalten; zumal auch die staatlichen Organe auf der Grundlage gepumpter Gelder zahlreiche Aufträge vergeben haben, um den Zusammenbruch der normalen Grundlagen der deutschen kapitalistischen Wirtschaft zu verschleiern und das Erwachen der Massen hintanzuhalten.

Die deutschen Unternehmer wie die staatlichen und kommunalen Organe sind jedoch entschlossen, in dieser Pumpwirtschaft fortzufahren. Und das hat, wie schon angedeutet, ebenfalls zu Erscheinungen geführt, die mit aller Sicherheit auf die wachsenden Schwierigkeiten und auf das Ende der Schwindelkonjunktur hindeuten. Der Reichsbankdiskont ist vor wenigen Tagen von 6 Prozent auf 7 Prozent erhöht worden. Der neue Helfferich, Herr Schacht, fürchtet mit Recht das Ende seiner Schwindelwirtschaft auf dem Gebiete der Währung und der Finanzen, wie es in der schleichenden Inflation — gekennzeichnet durch die täglich steigenden Warenpreise — schon heute zum Ausdruck kommt. Der schwarze Freitag an der deutschen Börse hat ihm jedoch die Antwort gegeben, daß auch auf diese Weise die deutsche Wirtschaft nicht zu „retten" ist. Die wirtschaftlichen Hochstapler Deutschlands in Industrie und Bankwelt sind daher von neuem am Pumpen. Der Wettlauf nach Westland nimmt ein immer tolleres Tempo an. Dabei ist neulich sogar der preußische Ministerpräsident Otto Braun vorübergehend gestolpert, und zwar über ein Bein, das ihm Schacht und Herr Wilhelm Marx stellten. Darob Verzweiflung beim Vorwärts, dem Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, der an der Spitze jener marschiert, die vom deutschen Pumpgenie die letzte Rettung erwarten.

Man kann von Niemanden verlangen, daß er über sein eigene Nase hinwegspringt. Und so dreht sich denn das Karussel der deutschen kapitalistischen Wirtschaft auch sonst im Kreise. Vor wenigen Wochen tagte der Verband der Deutschen Industrie in Düsseldorf. Als Allheilmittel wurde hier der neue „Betriebspatriarchalismus" ausgepriesen. D. h. daß sich die deutsche Arbeitschmarotzerschaft auf eine neue Welle der „Rationalisierung" gefaßt machen kann, die alles bisherige in den Schatten stellt. Oder vielmehr: sie ist schon mitten drin.

Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie konnten sich in diesem Sommer gar nicht genug tun in der Auslobung und Verkündigung des neuen Aufschwungs und der neuen Konjunktur. Um diese nicht zu stören, traf die Sozialdemokratie mit Herrn Wilhelm Marx, dem Kanzler des Bürgerblocks, sogar ein Abkommen, wonach sie sich verpflichtete, eben dieser Regierung bis zu den Neuwahlen im Jahre 1928 kein ernsthaftes Leid zuzufügen.

Nun haben eben die Gewerkschaften ihrem ganzen Wesen nach und nach altem Brauch, mit dem nicht gerne gebrochen wird, stets verhindert, daß es ihre eigentliche Aufgabe sei, der Arbeiterklasse in Zeiten des kapitalistischen Aufstiegs, ein wenn auch bescheidenes Plätzchen am Futtertrog der großen kapitalistischen „Bruders" zu erkämpfen. Mit anderen Worten: Die Gewerkschaften haben stets besser, daß die Zeiten des wirtschaftlichen Aufstiegs die für die Führung von Wirtschaftskämpfen geeignetsten seien. Gemessen an diesem ihrem eigenen Maßstab kann man sagen: Die Gewerkschaften sind bankerott sowohl praktisch wie ideologisch. Auch für sie gibt es keinen Wiederaufstieg. Sie leben nur noch vom Abergelauben der Massen, von jener Tatsache, daß sich die Ideologie langsamer ändert als die Oekonomie und dieser nachhinkt.

Das von den deutschen Gewerkschaften in der letzten „Konjunktur"periode Erzielte ist weniger als nichts; denn die rückläufige Bewegung des deutschen Kapitalismus kommt auch auf dem Gebiet der Gewerkschaftspolitik zum Ausdruck.

Der Reallohn ist weitergesunken; der Nominallohn nur stellenweise und dann in ganz geringem Maß gestiegen. Eine verlorene Schlacht jagte die andere. Hierbei ging es nicht um Lohn und Arbeitszeit. Es ging und geht um das Streikrecht selbst. Bekannt sind jene Urteile der Klassenjustiz, nach denen die Gewerkschaften schadenersatzpflichtig gemacht werden sollen, falls sie einen gegen den für verbindlich erklärten Spruch des Schlichters geführten Kampf unterstützen. In einem kürzlich ergangenen Urteil des sächsischen

Hindenburg-„Amnestie"

Und die Amnestie der KPD-Führer

Die Amnestie der kapitalistischen Gesellschaft für etliche ihrer politischen Gefangenen hat schon von jeher einen üblen Beigeschmack. Sie ist immer das Gnadengeschenk „großer Männer", das letztere gewöhnlich an irgendwelchen „Ehrentagen" austeilen. Manchmal ist die Amnestie auch eine demokratische Geste sogenannter Arbeiterführer. Wie bei Philipp Scheidemann, der jetzt für Freilassung derjenigen Hakenkreuzler gebeten hat, die ihn seinerzeit mit Blausäure bespritzten. In jedem Fall aber sind die Straferlasse, die die Bourgeoisie dann und wann gewährt, nur dazu bestimmt, die Kapitalistenklasse in den „volkstümlichen" Schleier der Humanität zu hüllen.

Dieser Zweck der Täuschung der breiten Massen ist bei der Hindenburg-Amnestie so sichtbar, daß ihn jeder Blinde sehen kann. Erstens ist der Kreis derjenigen, die aus Anlaß des schäbigsten Geburtstages des Reichspräsidenten freigelassen werden, so ausgewählt worden, daß man selber vom bürgerlichen Standpunkte noch nicht mal von einer nennenswerten Amnestie sprechen kann. Dann sind es natürlich in erster Linie monarchistisch-völkische Banditen, die der höchste Beamte der demokratischen Republik amnestiert hat. Und die paar Proletarier, die mit aus den Kerkern entlassen werden, sind kurzweg solche, die sowieso nur noch einen kleineren oder größeren Rest ihrer Strafe abzumachen hatten. Bei den freigelassenen Hakenkreuzlern ist es selbstverständlich umgekehrt, sie würden noch verschiedene Jahre in ihrem ohnehin fidelen Gefängnis zubringen müssen. Diese Tatsachen allein schon stempeln die Hindenburg-Amnestie zu einer Klassenamnestie, die eine ausgesprochene Verhöhnung des proletarischen Kampfes um die Herausgabe ihrer eingekerkerten Klassengenossen ist. Das war jedoch von vornherein so klar vorauszusehen, daß in der Arbeiterschaft eigentlich gar keine Illusionen aufkommen konnten.

Mit der Hindenburg-Amnestie wollte die Bürgerblockregierung aber nicht einer proletarischen Forderung entgegenkommen, sondern lediglich ihre Innenpolitik in ein günstigeres Licht setzen. Die Reichsregierung kann nämlich zu ihrer eigenen Entlastung anführen, daß sie so „reaktionär" ist, etliche von denjenigen zu amnestieren, die unter der Aera der Linksblockregierungen eingeliefert wurden. Denn es ist nun mal eine Tatsache, daß alle Linksregierungen mit starkem sozialdemokratischen Einschlag keine Straferlasse herausgaben. Der Hindenburgblock war deshalb taktisch klug genug, eine Maßnahme zu treffen, mit der er sich nur neue Sympathien im Kleinbürgertum erwerben kann. Die Rechtsparteien werden auch sicher nicht versäumen, in der nächsten Reichstagswahl die Hindenburg-Amnestie als Waffe besonders gegen die Sozialdemokratie zu gebrauchen.

Darüber hinaus muß der bürgerliche Amnestieschwindel das Proletariat erst recht anspornen, den Kampf um die Freilassung seiner eingekerkerten Klassenkämpfer endlich als eine Machtfrage zu stellen und in Angriff zu nehmen. Nicht durch parlamentarischen Kuhhandel, sondern nur in revolutionärem Machtkampfe gegen die Bourgeoisie und ihren Klassenstaat können den proletarischen politischen Gefangenen die Kerkertore geöffnet werden.

•

Der große Kongreß gegen die KPD.-Zentrale mußte vertagt werden, weil die Angeklagten auf Beschluß ihres Zentralkomites zur Verhandlung nicht erschienen. Das Nichterscheinen der KPD.-Führer vor dem Niedner-Gericht wird von vielen Proletariern als eine revolutionäre Handlung betrachtet werden (was es nach der Aufmachung in der „Roten Fahne" auch sein soll). Es ist eben, bei Lichte besehen, alles anders als das.

Der ganze „revolutionäre Mut" der angeklagten KPD.-Führer besteht nämlich darin, daß sie einzig und allein wegen ihrer „parlamentarischen Pflichten" nicht vor dem Reichsgericht erschienen sind. Es kann gar keine Rede davon sein, daß die KPD.-Führer grundsätzlich das bürgerliche Klassengericht ablehnen — o nein, diese „Revolutionäre" wollten abgestandenermaßen während der Sommerferien des Reichstags nach Leipzig zur Gerichtsverhandlung fahren, aber nicht jetzt, wo sie wieder in den Ausschüssen der Quasselbuden mit ihren Konkurrenten den „Klassenkampf" führen müssen.

Mit ihrer ausdrücklichen Berufung auf die „pflichtgemäße Teilnahme an der parlamentarischen Arbeit" stellen sich die KPD.-Führer auf den Gesetzesboden des kapitalistischen Staates und sprechen damit auch die Klassenjustiz der Bourgeoisie gegen das revolutionäre Proletariat heilig. Weiter dokumentieren die KPD.-Parlamentarier damit, daß Brandlers unrühmliche Verteidigung — „die proletarische Diktatur ist möglich im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Verfassung"! — auch ihre Verteidigung ist, daß sie also 1923 wirklich keinen Hochverrat an der bürgerlichen Gesellschaft begangen haben.

Der Reichstag der Bourgeoisie würde der Hindenburg-Amnestie nur eine selten schöne Krone aufsetzen, wenn er das Verfahren gegen die KPD.-Zentrale überhaupt niederschlägt. Schon das konterrevolutionäre Schweigen, das die angeklagten KPD.-Führer im Ruhrkrieg im Interesse der deutschen Imperialisten geübt haben, genügt vollauf, um ihnen eine solche Amnestie zu gewähren. —

Das revolutionäre Proletariat kommt allerdings nicht um die Aufgabe herum, den gesetzestreuen KPD.-Führern endlich mal Prozeß zu machen, indem es diesen Scharlatanen der kommunistischen Revolution den verdienten Fußtritt versetzt.

Landesarbeitsgerichtes wird den Gewerkschaftsbürokraten für einen solchen Fall sogar Gefängnisstrafe angedroht. Wir bezweifeln nicht, daß die Gewerkschaftsbürokraten auch nicht den leisesten Versuch unternommen hat, gegen den Streik zu lücken. Sie nahm dergleichen Unterstützung als gottergebene Notwendigkeit hin und bemühte sich, ihnen zuzukommen. Sie weigerte sich, den streikenden Hamburger Hafenarbeitern Unterstützung zu zahlen. Sie drehte unter dem gleichen Vorwand den Kampf der Berliner Straßenbahnarbeiter ab, nachdem der Versuch, diese durch ein halbes Dutzend Lohnbewegungen zu zermürben, kläglich mißlungen war. Sie wiederholt dieses Verhalten in zahllosen Fällen. Sie ist von ihrem Standpunkt aus logisch. Niemand, der, wie die Gewerkschaftsbürokratie auf dem Standpunkt der gegebenen kapitalistischen Tatsachen steht, kann anders handeln. Der Reformismus ist bankrott. Der offene Unterricht vom Faschismus, wie ihn d'Aragona in Italien vorzog, ist der folgerichtige Schlußstrich unter die Entwicklung der letzten 50 bis 60 Jahre. Das muß die Arbeiterklasse endlich erkennen.

Dennoch brechen die Arbeitskämpfe nicht mehr ab. Die Gegnerschaft der Arbeiterklasse gegen die Kampfmittel der in 100 Gefechten geschlagenen und verratenen Massen immer wieder auf. So stehen die Berliner Brauereiarbeiter im Streik. Auf einen Streik drängen im Augenblick noch die Arbeiter und Angestellten der Berliner Hochbahn und der Abzug der Groß-Berliner Omnibusgesellschaft. Unter der Arbeiterschaft der Kingahütte gärt es. Die unteren Beamten der Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden sehen mit Erbitterung auf jene Besoldungsreform, die, endlich dem Schoß der Regierung entsprungen, wieder nur ein Bruchstück ist. Es ist in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie aus, wo 300 000 Arbeiter auf Kampf drängen.

Diese Kämpfe sind jedoch von vornherein verloren, wenn die Arbeiter nicht begreifen, daß die Zeiten der alten Arbeiterbewegung vorüber sind, und daß es in der neuen, der Niederbruchsepoche des Kapitalismus, mit neuen Methoden und neuem Inhalt zu kämpfen gilt. Der Kapitalismus geht aufs Ganze. Er muß das, will er den völligen und offenen Zusammenbruch seines Systems verhindern. Der „goldene Mittelweg" ist für allemal verschlossen. Das in riesigen Trusten und Unternehmungen konzentrierte Finanzkapital hat den Staat vollkommen in der Hand. Technische Notbilfe und Polizei, Giftgas und Tanks, schwarze und weiße Reichswehr, Belagerungszustand und Klassenjustiz werden in den Wirtschaftskämpfen, falls sie durch Schiedsspruch und Tarif nicht von vornherein abgeknebelt werden, mit höchster Brutalität und Zielbewußtheit einsetzen; d. h. daß Wirtschaftskämpfe von einiger Bedeutung zugleich politische Kämpfe sind und als solche begriffen und geführt werden müssen. Ihr Inhalt aber ist letzten Endes der Kampf um die Macht. Solche Kämpfe können mit parlamentarischem Geschwätz oder gewerkschaftlichen Methoden weder geführt noch entschieden werden. Vor Euch, ihr Arbeiter, steht drängend die kapitalistische Klassenfront. Wollt Ihr sie mit Euren 58 reformistisch durchseuchten und verdorbenen Verbänden und Verbändchen erschüttern? Töchte Bestarten! Den Erfolg zeigt die jüngste Vergangenheit. Oder wollt Ihr vielleicht mit Euren Gewerkschaften vertragen die kapitalistische Wirtschaft sozialisieren können? Die hundertmal Uebertretenen und Vertragenen seid Ihr!

Auch die revolutionären „Gewerkschafter" der KPD. sind längst bankerott. Auch ihnen stürzte die 1000mal geflickte Bude der Gewerkschaftspolitik über dem Kopf zusammen. Sonst nimmt die Flucht der „revolutionären" Gewerkschaftsopposition zur SPD. greifbare Konturen an. Immer deutlicher treten die klassenmäßigen Kräfte hervor. Es ist, als ob sich die Kampfmittel der Klassen gleich Tor, die sie mit sich reißen, zu Kampfzonen, die bankrotten Gewerkschaften zurückkehren möchten. Und die „Opposition" dieser Institutionen? Der R.F.B. ist ein gesetzlich eingetragener Verein. Daher die Sicherheit der Gewerkschaften, aber wieder die gewerkschaftlich organisierten Polizeipräsidenten der deutschen Großstädte, wacht in Preußen ein „roter" Polizeipräsident, der Gewerkschaftssekretär Grzesinski aus Kassel.

Die Kommunistische Arbeiter-Partei begrüßt jeden wirklichen Kampf der Arbeiterklasse auf der Grundlage der unmittelbaren Aktion der Massen selbst. Sie hat in diesem Sinne ein scharfes Auge auf die entbrannten Wirtschaftskämpfe. Weiß sie doch, daß auch hier der Funke glimmt, aus dem die Flammen der Revolution dereinst turmhoch emporschlagen werden. Sie lehnt den „Standpunkt" der „Uninteressiertheit" an solchen Kämpfen ab. Sie lehnt es allerdings auch ab, ein abstraktes Programm reformistischer Forderungen aufzustellen. Sie weiß, daß der Kampf zugunsten der Arbeiterklasse nur dann entschieden werden kann, wenn er unter starker Abkehr von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften geführt wird.

Alle Macht den Räten! Diese Losung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs wie des Spartakusbundes ist auch heute noch die Losung der Kommunistischen Arbeiter-Partei. Die Allgemeine Arbeiter-Union hat sich zum Ziel gesetzt, alle jene Arbeiter im Betrieb und auf der Stempelstelle zusammenzufassen, die in den Gewerkschaften und parlamentarisch-orientierten Organisationen ihre Vertretung nicht mehr sehen und gewillt sind, in den Betrieben und auf den Stempelstellen die eine solidarische proletarische Klassenfront zu bilden mit dem Ziel der Massenaktion bis zur revolutionären Uebernahme der Produktion durch die Arbeiterklasse. Sie hat mit den von Moskau hochgezüchteten Parallelgewerkschaften der Weyer, Kaiser, Schumacher und Schmidtke nichts zu tun. Die Kommunisten bilden den Kern dieser Klassenfront, von der sie objektiv nichts trennt; KAP. und AAU. lehnen jene Parolen und Verzweiflungsmanöver ab, bei denen sich unter der Maske der „antiautoritären" Einheitspielerei und Organisationslosigkeit der völlige Verzicht auf die Organisierung der Revolution verbirgt.

Beide wissen, daß nur eine starke und durch freiwillige Disziplin in höchster Opferbereitschaft zusammengeschlossene Organisiertheit der Arbeiterschaft befähigt, die Frage der Revolution wirklich zu stellen und den zerparzelten Feind, die Bourgeoisie, niederzukämpfen. Nur wenn die Arbeiterklasse die kommenden Kämpfe in diesem Sinne führt, kann sie siegen.

Politische Rundschau

Wahlerfolge

WTB. **Hamburg**, 10. Oktober. Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis verteilen sich die Sitze in der neuen Bürgerschaft wie folgt: KPD. 27 (6), Demokraten 16 (21), SPD. 53 (63), DVP. 18 (25), Wirtschaftspartei 6 (9), Deutschnationale 25 (26), Nationalsozialisten 9 (4), Mittelstandspartei 6 (8). Antwort [illegible] der Bürgerschaft gehörte [illegible] zwei Vertreter der Mieter und ein Vertreter der Wohnungssuchenden.

Auch in Königsberg haben Wahlen stattgefunden, wo sich ebenfalls eine Verschiebung nach den parlamentarischen Linken bemerkbar machte. Die KPD. konnte in Königsberg statt zwei Sitze halten [illegible] die [illegible], nämlich 15 an der Zahl.

Natürlich ist der Jubel über die Sitze groß. In Wirklichkeit [illegible] Ausdruck der Verzweiflung" der Druck des Kapitals offensiver auf die Massen wieden. Aber gerade diese Tatsache stellt das Proletariat von neuem vor die Frage, wie es dem Kapital offensiver begegnen soll. Es sind die demokratische Mauer niederreißen, wenn es Luft bekommen will, und damit werden die „Erfolge" der sozialdemokratischen Parteien gerade zur Achillesferse für deren Politik. Wien zeigt uns, daß nur ein bestimmter Punkt diese „Linksschwenkung" umschlagen muß in die offene Rebellion, die die „Bürger" von heute fürchten wie den leibhaftigen Satan. Ein Zeichen für uns, in unserer Aktivität nicht zu erlahmen.

Die Kontrolleurin der Bolschewiki

Im Streik der Putzer hat das Arbeitsgericht Berlin ein Urteil gefällt, wonach dieser Streik aufzuheben, für den Fall der Zwischenentscheidung [illegible] Tarifvertrag [illegible] dem gesetzlichen und noch dazu gewerkschaftlich geführten und eventuell Lohnabzug [illegible] Krankenkasse geraten sind, aus der auch die schönsten „Wahlsiege" nicht herauführen.

Erst die Abkehr von der gewerkschaftlich-parlamentarischen Gesetzlichkeit und Geschwätzigkeit öffnet der Arbeiterbewegung den Weg in eine neue Zukunft, die sich das Proletariat nur im Massenkampf gegen die demokratischen Fesseln und gegen die gewerkschaftliche Kapitalstreue und für die Diktatur des Proletariats erkämpfen kann.

Die Rosenträger des Herrn Hindenburg

Das Hindenburgsche Geburtstagsfest ist vorüber. Es brachte höchstens den „revolutionären Pazifisten" Ueberraschungen.

Alles verlief programmäßig. Die Republik lag vor dem Kaiserlichen Feldmarschall auf dem Bauch und empfing den festlichen Tritt. Der Bierkonsum war beträchtlich und Wilhelm II. sandte ein Glückwunschtelegramm.

Aber jede Feier braucht eine Nächtfeier, damit die Begeisterung nicht allzu schnell verraucht. Eine solche Nachfeier leistet sich das 8 Uhr-Abendblatt.

Es bringt in seiner Nummer vom 5. Oktober auf der ersten Seite unter der Ueberschrift

„Ein Paar Hosenträger für Hindenburg"

das getreue Konterfei dieser von sartanischen teutschen Jungfrauenhand gefertigten Hosenträger.

Wie rührend sagte Tante Ulrike und nahm einen Schluck aus der Kaffeetasse, indes sie ist der deutschen Familienzeitung las.

Wir aber haben die Gewißheit, Deutschland kann nicht untergehen, solange deutsche Jungfrauen für unseren Hindenburg Hosenträger stricken.

Die wirtschaftliche Revolution in den Vereinigten Staaten

„The present economic revolution in United States." So lautet der Titel eines von Professor Carver, einem Mitglied der Harvard-Universität veröffentlichten Buches. Der wesentlichste Gedankengang des Buches ist folgender: Ohne Gewalt und politische Umwälzung vollzieht sich gegenwärtig in den Vereinigten Staaten eine ökonomische Revolution. Sie bedeutet, nichts anderes, als eine Neuverteilung des Kapitals, Industrieller Vermögen geht immer mehr aus dem Besitz der Wenigen ins Eigentum der Vielen über. Arbeiter und ihnen nahestehende Schichten, werden auf diese Weise zu Kapitalisten. Dafür beweist das „Revolutionäre" dieses Prozesses. Er beweist sich auf folgenden Weisen: Durch Errichtung sogenannter von Gewerkschaften geleiteter Arbeiterbanken; sie die organisierte Arbeiterschaft in die Bankwelt eingetreten und gewinnt dadurch die bankmäßige Kontrolle industrieller Unternehmungen, auch Einfluß auf die Industrie. Damit bahnt sich eine neue industrielle Demokratie an. Die Verteilung des Aktienbesitzes auf weite Volkskreise wiederum stellt sich dar als ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Demokratisierung des Eigentums überhaupt. Hier nimmt also der Arbeiter, und ihm soziale Nahegestellte bereits auch individuell direkten Anteil am „Kapital". So löst der moderne Kapitalismus die sozialen Probleme zur allgemeinen Befriedigung aus sich selbst heraus. Klassenkampf und politische Revolution als Mittel zur Beseitigung von Klassenherrschaft erübrigen sich unter solchen Umständen. Dieses kurz skizzierten Ausführungen Carvers sind von reichem statistischem Material durchloschten, das den Fortschritt der Arbeiterbanken und der Aktienbeteiligung weiterer Kreise an illustrieren hat.

Carver ist nun zunächst auf diese Behauptung und Angaben vorzusschließen, die ungemeinhin schon eine andere Seite der letzten sozialökonomischen Entwicklung in den Vereinigten Staaten beleuchten. Der Bundeskommissar für Handel und Gewerbe der Vereinigten Staaten veröffentlichte Ende 1926 das Ergebnis der letzten statistischen Aufnahmen über das in [illegible] Aktiengesellschaften investierte Kapital. Die sehr umfangreiche Statistik zeigt das gewaltige Ueberwiegen der Aktiven über die unitische Stelle mit 7540662000 Dollar. Insgesamt 26 [illegible] Gesellschaften, von denen [illegible] Aktienkapital hat, haben das [illegible] nominelle Aktienkapital von 7 589 420 000 Dollar [illegible] Wert von 19 853 197 000 Dollar. Eingeschlossen sind [illegible] Gesellschaften des Landes verteilt [illegible] Kapital [illegible] gesamte Durchschnittsgröße [illegible] Kapital von mehr als 150 Millionen [illegible] Kapital von mehr als [illegible] Dollar. Die [illegible] Aktienkapital beträgt 72 [illegible] Dollar, die [illegible] Wert [illegible] 20 Mill. [illegible] Einzelbesitzer [illegible] Aktienbesitz, [illegible] Zerstreuung des gesamten [illegible] Kapitals. Die [illegible] Klassen der Statistik, also alle Gesellschaften mit einem Kapital von mehr als 100 000 Dollar, repräsentieren einen Wert von mehr als 65 537 069 000 Dollar. Ein Fünftel aller Gesellschaften repräsentiert somit mehr als sieben Achtel des Gesamtwertes. Die beherrschende Stellung der ersten Gruppe ergibt sich auch daraus, daß der Wert jener 67 Gesellschaften fast doppelt so groß ist, wie der Wert jeder der neun folgenden Gruppen und sogar den Wert der zehnten Gruppe um mehr als ein Viertel übersteigt, obwohl in dieser nächsten Gruppe 256 077 Gesellschaften vertreten sind. Die amtliche Statistik bezeichnet jene 256 077 Gesellschaften mit einem Kapital von weniger als je 100 000 Dollar als die „Ueberlebenden einer vergangenen Wirtschaftsperiode." Sie werden bemerkt die Statistik, noch weiterhin im Zäfernbild der Industriegebilde erscheinen, aber nur zum Ausdruck des Gebildes jener vergangenen Wirtschaftsperiode noch immer existieren. Das Wirtschaftsgebilde des Tages, dem die Herrschaft gehört, ist nach der Statistik der „Supertrust".

Dieses Bild ungeheuerster großkapitalistischer Organisation, die sowohl durch ihre imposante Größe, wie durch die Durchbildung des kapitalistischen Konzentrationsprinzips gleichgerichtete europäische Organisationsgebilde weit hinter sich läßt, sei noch durch folgende, dem „Hamburger Korrespondent" vom 14. Januar 1927 entnommene Angaben aus dem Artikel „Amerika, als Weltbankier" ergänzt. Es heißt dort über die „privaten Bankhäuser" u. a.: „An der Spitze steht die Firma J. P. Morgan & Co. in Newyork, die nicht weniger als vier Milliarden Dollar Bankenkapital kontrolliert und Direktionsrechte in 20 Banken und Industrieunternehmungen hat. Der Einfluß dieses Bankhauses in Bank- und Industriekreisen ist ein ungeheurer. Die Leiter der Firma haben selbst 63 Aufsichtsratsposten inne. Sie verfügen ausschließlich über 39 Gesellschaften und kontrollieren [illegible] Kapital von zehn Milliarden Dollar. Die Mitglieder der dem Hause Morgan sehr nahestehenden First Stel Corporation sind bei 213 Gesellschaften im Aufsichtsrat vertreten. Zusammen mit von ihr abhängigen Banken kontrolliert die Firma Morgan 63 Milliarden Dollar Industriekapital. 267 Gesellschaften gehören zweiten der Morgangruppe, die über nicht weniger als 525 Aufsichtsratsposten verfügt."

Diese Angaben zeigen, daß die finanzkapitalistische Verflechtung — Zentralisation von Kapital — in den Vereinigten Staaten weit intiger ist, als man aus den genannten amtlichen Statistik über das in amerikanischen Aktiengesellschaften investierte Kapital zweifellos folgern könnte. Die dort statistisch gesondert erfaßten Gesellschaften bilden nämlich trotz ihrer Riesenhaftigkeit jede für sich nicht etwa selbständige unabhängige Organisationen, sondern sind insinander „verschachtelt" und zu einem [illegible] amerikanischen Großkapitals [illegible] Es liegt nun auf der Hand, daß zwischen den Ausführungen Carvers über eine fortschreitende „Demokratisierung von Industrie und Eigentum" und diesen Angaben der Oligarchisierung innerhalb der amerikanischen Wirtschaft [illegible] Widerspruch vorhanden zu sein. Vielleicht [illegible] wird man an Carver gerichtet werden, eine Lösung dieses Widerspruches in der Annahme zu suchen, daß der Prozeß der Zentralisierung von Kapital in den Vereinigten Staaten seinen Höhepunkt bereits überschritten habe

Hochbahnerstreik in Berlin

Die Berliner Hochbahner sind gegen den Willen der Bürokraten in den Streik getreten. Die Funktionäre haben mit einer Plötzlichkeit, die die Gewerkschaftsbonzen überrumpelte, für Streik geschlossen, [illegible] Verbindlichkeitserklärung zuvorzukommen. Dennoch können die reformistischen Verräter, denen man nach wie vor die Führung überläßt, hoffnungsfroh in die Zukunft blicken; denn die Hochbahner streiken, soweit das Berliner Verkehrsgewerbe in Frage kommt, isoliert. Der Straßenbahnerkampf ist abgewürgt, derjenige der Omnibusangestellten noch nicht „sanktioniert". Die „Rote Fahne" aber, das Zentralorgan der KPD., wagt es nicht, zur Solidarität aufzurufen. In ihrer Nummer vom 11. Oktober stammelt sie, die Straßenbahner möchten doch wenigstens keinen Wagen mehr fahren als bisher. Also fahren sollen sie.

Der Schlichter hat die Parteien dann sofort zu Einigungsverhandlungen zu sich geladen. Diese Verhandlungen gestalteten sich zwar sehr langwierig, endigten aber schließlich mit einem Einigungsvorschlag, den sowohl die Verhandlungskommission als auch die Streikleitung annahmen.

Die Annahme des Einigungsvorschlages hatte den Beschluß zur Folge, den Streik als beendet zu erklären. Die Arbeit wurde heute früh zur üblichen Stunde wieder aufgenommen.

Die Verhandlungen vor dem Schlichter haben zu einem Einigungsvorschlag geführt, der folgende „Verbesserungen" enthält:

Der § 3, der die Arbeitszeit des Fahrpersonals festlegt (das technische Personal hatte bereits den Achtstundentag), wurde an Stelle eines unbestimmten Arbeitszeit von 200 Stunden festgesetzt, daß die regelmäßige Arbeitszeit 208 Stunden beträgt, daß jedoch für den Betrieb 230 Stunden gefordert werden können. Für die Arbeitszeit von über 209 bis zur 230. Arbeitsstunde wird rückwirkend ab 1. Juli ein Zuschlag von 20 Prozent gezahlt. Bisher erfolgte dieser Zuschlag erst von der 225. Stunde gezahlt. Weitere Ueberstunden werden mit 25 Prozent Zuschlag bezahlt, und zwar gleichfalls rückwirkend bis zum 1. Juli.

Die Abwürgung des Hochbahnerstreiks ist ein neues beredtes Zeugnis dafür, daß die kapitalistisch-sozialdemokratische Schlichtungsdiktatur alle ausbrechenden Arbeiterkämpfe sofort zu ersticken versucht. Nachdem die Straßenbahner von vornherein durch den verbindlich erklärten Schiedsspruch eingeschüchtert wurden, ist die Bewegung der Hochbahner, die trotzdem einen energischen Vorstoß wagten, gleichfalls in der faschistischen Schlichtungspraxis versandet. Die „Vereinbarung", die zustande gekommen ist, erfolgte auf Grund der Drohung des sozialdemokratischen Schlichters Wissel, der erklärte, falls die Vereinbarung nicht zustande käme, würde er einfach den vorher gefällten Schiedsspruch, der noch schlechter ist, für verbindlich erklären. Getreu ihrer bisherigen Verräterrolle gingen die Vertreter des Verkehrsbundes und des Christlichen Verbandes sofort auf das Diktat ein.

Wir zeigen an anderer Stelle in dem Flugblatt der Allgemeinen Arbeiter-Union, wie das Proletariat den Kampf gegen die faschistisch-sozialdemokratische Diktatur führt.

Eine Bauerndelegation reist, wie die „Rote Fahne" meldet, nach Rußland, um lieberlei der Arbeiter, Frauen- und Jugenddelegation die „Wahrheit" über den „sozialistischen Aufbau" zu bringen. Sie werden sicher über ihre Erkundigungen, die sie bei den Kulaken einholen, beziehungsweise [illegible]

Material für „Arbeiterdelegationen"

In diesen Monaten wird Rußland wieder überflutet von Arbeiter-, Frauen-, Jugend-, Bauern-, Sport- und sonstigen Delegationen, die alle den 10. Jahrestag der russischen Revolution mit feiern, und dann auf das Proletariat losgelassen werden sollen, um die Wahrheit über die Lage der Arbeiterklasse in Rußland, als auch über den Charakter des „sozialistischen Aufbaues" zu verschleiern. Wir haben schon wiederholt über dieses Kapitel gesprochen und den Zweck dieser Arbeiter- und sonstigen Delegationen beleuchtet. Angesichts des ungeheuren Rummels, der durch die Feier des zehnjährigen Bestehens der Sowjet-Union aufgezogen wird, ist es notwendig, von neuem den Zweck dieses Festes zu entlarven. Die bekannte „Erklärung der Fünfhundert", sämtlich alte Bolschewiki die an das Zentralkomitee der KP. Rußlands eingereicht wurde, enthält über die Lage der Arbeiterklasse und den Kurs der russischen Regierung folgende konkrete Angaben, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß diese 500 Leninisten immer noch bestrebt sind, alles in rosigem Licht erscheinen zu lassen, um nicht als „Feinde der Sowjetunion" gebrandmarkt zu werden. In der Erklärung heißt es:

Die Wirtschaft der Sowjetregierung hat im großen ganzen ihre Wiederherstellungsperiode abgeschlossen. Aber gleichzeitig mit diesen ernsten Errungenschaften zeigten sich als Resultat der Wiederherstellungsperiode große Schwierigkeiten. Diese Schwierigkeiten, welche aus der unzureichenden Entwicklung der Produktivkräfte, aus unserer wirtschaftlichen Rückständigkeit stammen, werden vergrößert dadurch, daß man sie von den meisten Parteimitgliedern verzerrt. Anstelle einer marxistischen Analyse der wirklichen Lage der proletarischen Diktatur in der UdSSR. wird der Partei die kleinbürgerliche „Theorie des Sozialismus in einem Lande" serviert, welche nichts mit dem Marxismus und Leninismus gemein hat. Dieser gröbliche Verfassen des Marxismus führt dazu, daß es für die Partei schwerer wird, den Klasseninhalt der vor sich gehenden ökonomischen Prozesse zu sehen. Aber gerade in den für das Proletariat ungünstigen Klassenverschiebungen und in der schwierigen Lage breiter Volksmassen bestehen die negativen Erscheinungen der von uns durchlebten Periode der Revolution.

Die Fragen des Arbeitslohnes und der Arbeitslosigkeit nehmen immer schärferen Charakter an.

Die falsche Politik beschleunigt das Wachstum der proletarischen Diktatur feindlichen Kräfte; des Kulaken, des Nepmann; den Bürokraten. Das führt zu Hindernissen, zu notwendigen Maße und richtigen Weise die im Lande vorhandenen materiellen Quellen für die Industrie und die gesamte Staatswirtschaft auszunutzen. Das Zurückbleiben der Großindustrie hinter den Erfordernissen, wie auch sowohl durch die Volkswirtschaft (Warenhunger, hohe Preise, Arbeitslosigkeit) wie durch das Sowjetsystem im ganzen (Landesverteidigung) gestellt werden, führt zur Verstärkung der kapitalistischen Elemente der Sowjetunion, insbesondere auf dem Lande.

Das Wachsen des Arbeitslohns ist ebenso unmöglich wie der Tendenz zur Senkung des Lohnes für ihre einzelnen Arbeitergruppen. Anstelle der bis zur letzten Zeit durchgeführten Hebung des Arbeitslohns entsprechend dem Wachstum der Arbeitsproduktivität, wird jetzt als Regel festgestellt, daß der Lohn vielfach auf Kosten der Erhöhung der Arbeitsproduktivität wachsen soll (vergl. § 8 der Beschlüsse des Sowjetkongresses nach dem Referat des Gen. Kalinschew). Das heißt, der Arbeiter in der UdSSR. kann von jetzt ab seine materielle Lage nicht im Zusammenhang mit dem Wachstum der Wirtschaft und der Verbesserung der Technik verbessern, sondern nur infolge größeren Aufwands an Arbeit, an Arbeitskraft. Eine solche Fragestellung wird zum erstel Male gegeben, während die Interessität der Arbeit bestanzuge in großen und ganzen das Vorkriegsniveau erreicht hat und stellenweise sogar höher ist. Eine solche Politik geht gegen die Interessen der Arbeiterklasse.

Die Arbeitslosigkeit wächst nicht nur auf Kosten der vom Dorfe Herkommenden, sondern auch auf Kosten der Kaders des Industrieproletariats. Die wirkliche Arbeitslosigkeit ist höher als die registrierte. Die Vergrößerung der Arbeitslosenarmee verschlechtert die wirtschaftliche Lage dieses Teiles

Die Wohnungsbedingungen für die Arbeiter verschlechtern sich an einer Reihe von Orten nach wie vor, sowohl was die Wohnfläche betrifft, wie auch, was die Bedingungen der Benutzung der Wohnung betrifft.

Die Verringerung der Verteidigung der heranwachsenden Arbeiter und die Abschaffung der kostenlosen Lehrzeit verschlechtert schwer die Lage der Arbeiterjugend.

Die aus alledem entstehenden Gefahren sind klar, da die Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und unserer Partei entscheidend sind für das Schicksal eines Arbeiterstaates.

Die Preissenkung bei den Industriewaren gelingt nur in äußerst geringem Maße, inzwischen wachsen Unzufriedenheit und Unzedeld der städtischen und ländlichen Konsumenten.

Die Differenzierung der Bauernschaft geht in immer schnellerem Tempo vor sich. Von der Losung „bereichert euch" bis zur Aufforderung an die Kulaken, sie mögen in den Sozialismus „hineinwachsen" ist der führende Kern der ZK. zur Verschweigung der Differenzierung der Bauernschaft gekommen, zur Verkleinerung dieser Differenzierung einerseits, andererseits aber zur praktischen Orientierung auf den wirtschaftskräftigen Bauern. Zum „schmählichen" Jubiläum der Oktoberrevolution haben wir ein solche Lage, daß etwas über 3,5 Millionen von Landarbeitern eine nur äußerst geringe Rolle in den Sowjets, in den Genossenschaften, in den Parteizellen spielen. Inzwischen schickt sich der ganze riesige Apparat, sowohl der Partei- wie der Sowjetapparat, [illegible] und führt dadurch der wirklichen, d. h. der klassenmäßigen Gefahr von rechts Tür und Tor.

Die Kadrenbildung der Industrie trägt einen zufälligen, unstimmigen, undurchsichtigen Charakter. Mehr als 4 Millionen Industrie- reiner Arbeiter kommen in die Reihen der Arbeitslosen, ohne wenigstens die Sendung des Selbstkostenpreises zu liefern.

Das in den letzten Zeit eingetretene innerparteiliche Regime aber führt zu einer ungeheuren Gesinnung der Aktivisten der Partei, dieser führenden Kraft der proletarischen Revolution. Die Möglichkeit, die bewußte Beteiligung an der Lösung der wichtigsten Fragen der proletarischen Revolution sind für die breiteren unteren Parteimassen in äußerstem Grade verringert und [illegible] worden.

Das Leben spielt sich widersprechend und zwiegespalten in der [illegible] Weise ab in den Beziehungen der Arbeiterklasse zur Partei und an der Aktivität der Arbeiterklasse in ganzen.

Das Regime, das sich in der Partei eingestellt hat, wird vollständig auf die Gewerkschaften übertragen.

Systematisch werden die [illegible] Gewerkschaften Parteimassen, [illegible] und sie werden durch die Bank durch solche Elemente ersetzt, welche nicht dem Sozialismus dienen, sondern sich an ihre höchstvergrößerte Oberkeit anschmiegen. Die himmelschreienden Abnormitäten des Parteiregimes spiegeln sich so in den allerwichtigsten Lebensfragen der Millionen Massen ab.

Was werden alle jene Delegationen dazu sagen? „Es lebe der Arbeiterstaat!"

Antiparlamentarismus

Antwort Leipzig

Von der Ortsgruppe Leipzig wird uns geschrieben:

Die Pressekommission hat die Ortsgruppe Leipzig aufgefordert, ihre Stellung zum Parlamentarismus in der KAZ darzulegen. Die Ortsgruppe Leipzig hatte vorher schon beschlossen, in der KAZ. zum Fall Schwarz Stellung zu nehmen. Ohne auf das Niveau der Aufforderung der Pressekommission einzugehen, bemerken wir zunächst einleitend folgendes:

Der Artikel „Parlamentarismus oder Antiparlamentarismus" in KAZ. Nr. 78 gestellt in zwei Teile, den einen, der den „revol. Parlamentarismus" der 3. Internationale, und den anderen Teil, nämlich die letzten drei Absätze, die an die Ortsgruppe in Leipzig gerichtet sind. Zwischen diesen beiden Teilen des Artikels besteht nicht der geringste Zusammenhang. Es scheint, als ob sie nur zu dem Zwecke zusammengestellt sind, um die Leipziger Meinung mit der im ersten Teile gekennzeichneten Ideologie der Moskauer Jünglinge zu identifizieren.

Wenn wir weiter oben abgelehnt haben, uns auf das Niveau des angegriffenen Artikels und der Pressekommission zu begeben, bleibt doch die Notwendigkeit bestehen, uns aufs Schärfste gegen den Ton zu verwahren, der Genossen gegenüber angewandt wird, die eine andere Meinung vertreten. Wir sprechen sicher auch im Sinne der Hamburger Genossen, wenn wir energisch zurückweisen, daß die Leipziger Meinung ohne tatsächliche Beweise als „falsch und verfehlt" und die Hamburger Standpunkt als höchstes (nämlich in Anführungsstriche gesetzt!) bezeichnet wird, und die Hamburger Genossen in provokatorischer Weise aufgefordert werden, zu „wählen", ihren Standpunkt zu verfechten. Wir fragen, ob und sicher auch die Hamburger Genossen werden auf diese Einschüchterungsversuche nicht hineinfallen.

Zum dritten muß einleitend noch angeführt werden, daß sich der Artikelschreiber und die dahinterstehende Pressekommission der schlimmsten Irreführung geleistet haben, indem sie das Zitat aus der Leipziger Resolution ganz aus dem Zusammenhang gerissen und in der Stellungnahme dazu die Leipziger Meinung vollkommen ins Gegenteil verkehrt haben. Wer nämlich das herausgerissene Zitat und den angeführten Kommentar liest, könnte annehmen, die Leipziger Gruppe fordere Wahlbeteiligung und parlamentarische Beteiligung, um der „kleinen Vorteile" willen. Das Gegenteil ist Tatsache. Gerade mit der Resolution und dem angezogenen Zitat hat die Ortsgruppe Leipzig sich gegen die Kommentatoren, Abdruck der Erklärung des Parlamentariers Schwarz, in der KAZ. gewandt.

Nach dieser notwendigen Einleitung folgendes zur Sache:

In dem Artikel „Parlamentarismus und Antiparlamentarismus" wird behauptet: „Die antiparlamentarische Technik der Partei folgt also einzig und allein aus der konterevolutionären Auswirkung der Wahlbeteiligung und der parlamentarischen Beteiligung auf die Ideologie der Arbeiterklasse." Das ist falsch. Die Verkettung dieser zwei Dinge in dieser Reihenfolge — Wahl und parlamentarische Beteiligung — ist nur wegen Voraussetzung einer Kritik der „Praxis des Parlamentarismus" beliebig; hier in unserm Falle gerät sie die Dinge auf den Kopf stellen. Wir haben es im Falle Schwarz nicht mit der Aufstellung für das Parlament, also mit Wahlen zu tun, sondern mit der Praxis des Parlamentarismus. Es ist davon auszugehen, ob für die parlamentarische Praxis von Schwarz ganz oder teilweise dasselbe gilt, was z. B. Pannekoek und Gorter in den angeführten Zitaten feststellen. Wir wissen, daß Schwarz versprochen hat, nicht mehr das Parlament als „revolutionäre Tribüne" auszunutzen, wie beim Berliner Vorgang. Es ist, um im Sinne des Verfassers des Artikels zu reden, dem „kleinen Vorteil" der Ausnutzung der parlamentarischen Tribüne abgesehen. Um im Sinne des Zitats Pannekoeks das „Weltevolution und kommunistische Taktik" zu sprechen, hieße das, Schwarz wollte durch Nichtauftreten im Parlament vermeiden, bei der Masse die Illusion zu erwecken, daß andere für sie den Kampf führen könnten. Dieser verderbliche Nachteil, die Illusion nämlich, daß andere für die den Kampf führen könnten, ist aber nur durchbrochen auf den Kopfstoß der Masses gegeben, wenn die Parlamentarier und Führer nicht mehr im Parlament redet, daß aber erklärt, ohne den Schutz der parlamentarischen Immunität sei seine bürgerliche Existenz gefährdet und die Aussetzung seiner Kraft, d. h. seine revolutionäre Beteiligung nicht mehr möglich. Auch das heißt, um mit dem Verfasser des Artikels zu reden, „das Proletariat mit der Illusion nähren, daß es mittels des bürgerlichen Demokratie kämpfen könne." Wenn in dem unrichtigen Zitat „Gorter und Pannekoek" Gorter in Bezug auf den Inhalt der Immunität der revolutionären Agitation gesagt wird: „Auch in illegaler Zeit kann ihre Taktik vorteilhaft sein", so muß heute in nichtillegaler Zeit, einer Zeit also, wo der „Vorteil" noch kleiner ist, die Antwort der KAP. auf den „revolutionären Leninismus" der Schoolen-Korsch lauten: „Wir erkennen das an. Aber ebenso, wie wir früher zu den Revisionisten und Reformisten sagten: Wir stellen die Entwicklung des Selbstbewußtseins über alles, sagen wir heute zu euch: Wir stellen über alles das Wachsen der Massen zu Willen zur Tat." Wir müssen das sagen, gleichgültig ob die „kleinen Vorteile" des Mandats des Schoolen und Konsorten anfallen, weil wir wissen, daß dieses Erbe verderblicher Nachteile für die Masse wird, als diese „kleinen Vorteile" des Angeblichen aufwiegen.

Eine Erklärung, wie sie Schwarz abgegeben hat, kommentarlos in der KAZ. abdrucken und damit billigen, heißt, aber auch Aufhebung der Grundlage der KAP. Architekten und die Schlußstein der Organisation zerstören. Wenn die KAP. sich auch mit in der außerparlamentarischen Propaganda von der Immunität einer Parlamentarier Kompetenz bedient, wenn sie ihre Artikel Zusammenhang wollen abhängig gemacht hat, um den „kleinen Vorteilen" aber, wie in der Artikel heißt, aber die Brücke Grundsatz auf die traditionelle bürgerliche Demokratie zurückrotten. Es bleibt die nicht und der Verfasser des Artikels hat bestätigt, daß die KAP. „kleinen Vorteile" willen die Illusion einer Brauchbarkeit des Parlamentarismus für die Propaganda und Organisierung der Revolution [illegible] kommt hat. Mit dieser Haltung treibt die KAP. die [illegible] Schoolen-Fischer-Korsch, die heute schon [illegible] Diskussionsthemen mit dem Argument aufgeworfen, daß die [illegible] Motives wie Schwarz parlamentarische Antiparlamentarismus [illegible] Leipzig [illegible] Gorter und Pannekoek, indem sie erklärt: Wir stellen die Entwicklung des Selbstbewußtseins über alles, sagen über kleine Vorteile, die Entwicklung der Arbeiter über alles, sagen über kleine Vorteile. Die Ortsgruppe Leipzig stellt sich auf den Standpunkt von Gorter und Pannekoek, wenn sie sagt, daß heute die Entwicklung der Arbeiter [illegible] und wo die revolutionäre Grundsätze verlangt, [illegible]

die Illusion zu zerstören, daß zur revolutionären Propaganda und Aktion Führer vorteilhaft seien, die durch parlamentarische Immunität geschützt sind. Die Ortsgruppe Leipzig fordert deshalb im Interesse der Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats, im Interesse des prinzipiellen Antiparlamentarismus, den Genossen Schwarz auf, sein Mandat mit revolutionärer Begründung niederzulegen.

Revolutionärer Antiparlamentarismus oder antiparlamentarischer Kretinismus

(Eine Antwort an die Leipziger Genossen.)

Im vorstehenden Artikel haben die Genossen von Leipzig Ihre Ansicht über den Antiparlamentarismus auseinandergesetzt. Das ist gut so. Was man schwarz auf weiß hat, kann man getrost nach Hause tragen.

Wir werden es den Genossen überlassen, den Artikel in Nr. 78 der „KAZ." zum gleichen Thema kritisch zu lesen, und dazu Stellung zu nehmen. Wir glauben, daß in diesem Artikel genügend zum Ausdruck gebracht ist, daß die KAPD. den Parlamentarismus nicht deswegen ablehnt, weil damit verbunden ist Immunität der Abgeordneten, Möglichkeiten der Propaganda usw. Die KAPD. und ihr damaliger Wortführer Gorter waren, und die KAPD. ist auch heute nicht der Meinung, daß man mit der Anerkennung dieser kleinen Vorteile im Proletariat nicht die Illusion nährt, daß es mittels der bürgerlichen Demokratie kämpfen könnte. Das Gegenteil ist der Fall. Die KAPD. lehnt den Parlamentarismus ab, weil diese kleinen Vorteile nur gemeinsam mit den großen Nachteilen, die die Teilnahme an den Wahlen erfordert, auf Kosten ihres Prinzips erkauft werden können. Die Leipziger Genossen machen aus den „kleinen Vorteilen" ein Argument für die Ablehnung, das niemals ein Argument für Beteiligung am Parlament war. Diesen kleinen, nicht hoch einzuschätzenden Vorteilen hielt Gorter entgegen, die großen, ausschlaggebenden Nachteile. Dies ist die Grundlage der Diskussion, auch wenn sie die Leipziger Genossen für „falsch" halten, was übrigens sehr bedauern ist; oder ihnen, was wir als sehr bedenklichen Zeichen buchen müssen, das „Niveau" nicht behagt.

Von diesem sachlich begründeten Standpunkt der revolutionären Zweckmäßigkeit nahm die KAPD. auch Stellung zur Fraktion E. L., an deren Spitze Parlamentarier standen, die antiparlamentarische Propaganda betrieben. Die Leipziger Genossen erklären nun kurz und bündig: „Es bleibt die nicht aus der Welt zu schaffende Tatsache bestehen, daß die KAPD. um „kleiner Vorteile" willen die Illusion einer Brauchbarkeit des Parlamentarismus für die Propagierung und Organisation der Revolution vorübergehend anerkannt hat." Wir gestatten uns die Frage an die L. G.: Hat die KAPD. die EL. deswegen, weil sie nach der Logik der L. G. — dadurch, daß sie „vorübergehend die Illusion einer Brauchbarkeit" usw., also die Prinzipien der Revolution preisgab — zur Ordnung gerufen, oder aufgefordert, die Mandate niederzulegen? Nein! Auch die Genossen von L. nicht. Wenn aber die „Argumente" der L. G. ernst genommen werden sollen, dann haben sie damit, daß sie selbst dazu schwiegen, das getan, was sie heute, der Partei zum Vorwurf machen. Nicht darauf kommt es an, daß die EL. das tat, sondern darauf, daß die KAPD. das duldete.

Die Partei jedoch hat richtig gehandelt. Sie hat es gutgeheißen, daß die EL. die „kleinen Vorteile" ausnützte, weil mit dieser Ausnützung nicht verbunden war „die Illusion einer Brauchbarkeit des Parlaments für die Propagierung und Organisierung der Revolution." Diese „kleinen Vorteile" gaben der EL. die Möglichkeit, ohne die ausschlaggebenden Nachteile in Kauf nehmen zu müssen, antiparlamentarische Propaganda zu betreiben und die Illusion zu zerstören, daß das Parlament ein brauchbares Mittel für „die Propagierung und Organisierung der Revolution" sei. Wenn die L. G. nicht begreifen können, daß die Frage schon zur Diskussion stand, als die KAPD. in eine Arbeitsgemeinschaft mit der EL trat, und nicht erst seit der Liquidierung, — dann ist es schade um ihr Temperament. Die Partei hat damals die Frage vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit entschieden, und es ist notwendig, von den Genossen, die der Partei heute Prinzipienlosigkeit vorwerfen, zu verlangen, daß sie diese Widersprüche, in die sie durch ihre mathephysische Denkweise geraten, erklären. Es steht also nicht ein Fall Schwarz" zur Diskussion, sondern die Methode zur Entscheidung taktischer Fragen, und damit bis zu einem gewissen Grade die Taktik der Partei selbst.

Die Genossen des GHA. und die Genossen die die Meinung des GHA. für richtig halten, haben die Taktik zur Fraktion der „EL." von allen Seiten geprüft und für richtig gehalten. Sie gingen und gehen auch heute von dem Gesichtspunkt aus, daß sie im großen und ganzen richtig war, wenn auch die Partei die Erfahrungen daraus ziehen, und für die Zukunft verwerten muß. Aber wir müssen es auf das entschiedenste ablehnen, heute einem antiparlamentarischen Kretinismus das Wort zu reden, in dessen Konsequenz die Partei eine Aktion verurteilen müßte, die gerade — trotzalledem — zu jenen in der Parteigeschichte schärfst, wo sie aus der Isolierung heraus mutig auf die Beine sprang, und im vollen Bewußtsein der Richtigkeit dieses Schrittes diese Isolierung durchbrach. Der antiparlamentarische Kretinismus eines Teils der Genossen ist ein Teil jener Sekten-Ideologie, deren Rebellichkeit unlösbar in seiner praktischen Anwendung die Partei in jene Atmosphäre zurückwirft, in der sie politisch verhungern muß, weil eine Politik auf dieser Linie immer nach einen Schritt vorwärts zwei Schritte rückwärts bedingt, und solche „Linke" aufgehoben, ja verurteilt werden müßten. Damit müßte die Partei zum Kasper auf der politischen Bühne herabsinken. Wenn der Teil der Genossen, der sich die „aktuelle Lösung" so einfach macht, wenigstens den Mut aufbringt, konsequent zu sein, dann schon helfen in der Partei allen Dienst, weil dann klar wird, was hinter diesen „Prinzipien" steckt.

So wenig wie sich die ökonomische Entwicklung rein mechanisch vollzieht, so wenig ist dies auch der Fall in der ideologischen Entwicklung der Arbeiterklasse, die nur die materielle Umwälzung widerspiegelt. Die Arbeiter der KPD., die zur KAPD. stoßen, verkörpern zum Teil noch lediglich die Reaktion auf den konterrevolutionären Kurs der KPD. Das ist absolut begreiflich und verständlich. Aber die KAPD. ist nicht der Wiederspiegelung auf die III. Internationale. Die Taktik der KAPD. ist der Ausfluß der Erfahrungen des Klassenkampfes, um die sie unentwegt kämpfen muß, auch gegen ideologische Rückschläge. Sonst landet sie in einer schöngeistigen Sekte, die alle Fragen in der blauen Luft und außerhalb des Kampfes der Arbeiterklasse „löst". Das ist nicht nur in den oben angedeuteten Frage der Fall, sondern auch in der Frage der Taktik der Union, der revolutionären Organisationsdisziplin usw. Die Partei würde dann — das soll zugegeben werden — von revolutionärsten Sektenmitgliedern, ja von dem Schmutz des Klassenkampfes nicht mehr belästigt. Aber sie müßte in den kleinbürgerlich-moralisierenden Morast versinken. Der „prinzipielle Antiparlamentarismus" des proletarischen Zeitgeistes, wie gesagt, ein ideologisches Debouché einer Seite einer Taktik, gegen die es eben so auszukämpfen gilt, wie gegen den Reformismus.

Wir glauben, daß wir damit schon die Frage wieder richtig gestellt haben und brauchen auf die Einzelheiten von „Taktik", „bürgerlicher Existenz" usw. nicht eingehen.

Massenaktion

gegen gewerkschaftlich-kapitalistische Schlichtungsdiktatur

Die AAU. wendet sich mit folgendem Flugblatt an das Proletariat, dem wir uns vollinhaltlich anschließen:

Proletarier! Klassengenossen!

In einer bitterernsten Situation, wo das soziale Trommelfeuer der Kapitaloffensive neue Arbeitsbataillone niedergestreckt hat und bereits wieder auf andere Proletarierschichten gerichtet wird, wenden wir uns an Euch.

Ihr alle, ohne Unterschied des Berufs, steht morgen oder übermorgen oder später, wenn euer hundserbärmlicher Ausbeutungstarif abgelaufen ist, vor jener

entscheidenden Klassenkampflage,

vor der soeben die Berliner Straßenbahner standen und zum Helle ihrer Ausbeuter weder ein noch aus wußten. Ihr alle, die ihr zur Klasse der Besitzlosen gehört, müßt die politischen Ursachen und Lehren des so schmählichen Zusammenbruchs dieser Berliner Verkehrsarbeiter-Bewegung zum Kompaß eures eigenen Existenzkampfes machen, wenn ihr nicht blindlings in dieselbe Sackgasse hineinrennen wollt.

Um was handelt es sich für euch, für uns alle? Was steht für die gesamte Arbeiterklasse auf dem Spiel?

Die Schlichtungspraxis der demokratischen Republik, diese schwere Artillerie der Unternehmerfront, wütet immer brutaler im Lager der proletarischen Massen. Immer frecher erhebt die **Schlichtungsdiktatur des kapitalistischen Staates ihr Haupt,** immer mörderischer tritt sie uns Arbeitern entgegen als

schwarzrotgelber Schiedsspuch-Faschismus,

der uns mit „Verbindlichkeitserklärungen" in die Knie zwingen und uns mit „einstweiligen Verfügungen" das Streikrecht rauben will.

Ihr alle seid in eurer Masse sicher mit uns, euren Klassengenossen von der Allgemeinen Arbeiter-Union, einig darin, daß unser Leben

daß die Zukunft unserer eigenen Klasse nur im entschlossensten Kampfe gegen die Kapitalistenbrut und ihre Schlichtungsdiktatur gerettet werden kann;

daß die in riesigen Produktionsverbänden zusammengeballt Unternehmermacht nur **durch die organisierte Klassengewalt der Arbeiter** zu brechen ist.

Aber ihr glaubt, daß ihr diese eure **Klassenaufgabe** mit den „freien" Gewerkschaften lösen könnt — und wir als kommunistische Unionisten müssen euch deshalb immer wieder sagen:

dieser proletarische Glaube an die Macht der reformistischen Gewerkschaften ist gerade eines der stärksten Fundamente, auf dem heute der Kapitalismus ruht, denn trotz der Moskauer Zellentaktiker sind gerade die Amsterdamer

Gewerkschaften die Schrittmacher der faschistischen Schlichtungs-Praxis!

Laßt doch nur einige nackte Tatsachen in ihrer so eindeutigen Sprache reden, Klassengenossen: Die famose Schlichtungsordnung ist mit das Verdienst der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeherrscher, denen eben der Wirtschaftsfrieden in der bürgerlichen Schwindeldemokratie höher steht als die Lebensinteressen des Proletariats. Diese Interessengemeinschaft, dieser soziale Burgfriede mit der Kapitalistenklasse aber diktierte den Gewerkschaftsinstanzen den dolchstoßartigen Streikbruch gegenüber den englischen Bergleuten, den tückischen Verrat an den Hamburger Hafenarbeitern und alle schmachvollen Kapitulationen vor den kapitalistischen Schlichtern — im Interesse der rationalisierten Profitwirtschaft.

Zu welcher irrsinnigen Spielerei diese wirtschaftliche Gewerkschaftspolitk führt, hat sich besonders im Berliner Straßenbahnerkonflikt drastisch gezeigt. Mit einem lächerlichen Abstimmungstheater und ständigem Kuhhandel wurden die Straßenbahner von den Gewerkschaftsbonzen solange hingehalten, bis der elende Schiedsspruch des sozialdemokratischen Schlichters Wissell für verbindlich erklärt wurde. Der „Vorwärts" hat offen ausgesprochen, daß es den Gewerkschaftsinstanzen nur darauf ankam, die Führung der Bewegung fest in der Hand zu haben, d. h. **die klassenkämpferische Initiative** der Straßenbahner **von vornherein auszuschalten.** Als dann die Verbindlichkeitserklärung erfolgte, ließen die Gewerkschaftsbeamten wie üblich, die Maske fallen und entpuppten sich als die diensteifrigen Hausknechte der kapitalistischen Schlichtungsdiktatur.

Etwas anderes konnte aber nicht erwartet werden. Schon das

Millionengeschenk an die Gewerkschaften,

das die deutsche Bourgeoisie als Ruhrkriegsentschädigung ausgeworfen hat, verpflichtet die Gewerkschaftsbonzen, die faschinistischen Schlichtungsbefehle ihrer kapitalistischen Geldgeber bedingungslos zu respektieren. Denn die 10 Millionen Mark hat ja die Hindenburg-Regierung nur unter der Voraussetzung gegeben, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbesitzer auch weiterhin die Arbeitermassen der wirtschaftsdemokratischen Schiedsspruch-Guillotine ausliefern. Diesen Weg der selbstmörderischen Tariftreue werden auch die mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter gehen müssen, wenn sie am 17. Oktober unter gewerkschaftlicher Führung in Bewegung treten.

Proletarier! Jeder soziale Konflikt beweist aufs neue, daß die reformistischen Gewerkschaften die Arbeiterschaft zum wehrlosen Gefangenen der Kapitalistenklasse machen.

Soll es endlich anders werden, soll es der schwarzrotgelben Faschistendemokratie an den Kragen gehen, dann müßt ihr vor allem erst

hinaus aus den gewerkschaftlich-kapitalistischen Einheitsfront der Schlichtungsdiktatur!

Dann müßt ihr endlich eure Kämpfe in die eigene Hand nehmen, indem ihr dem reformistisch-bürgerlichen Verelendungsblock die

proletarische Klassenfront der revolutionären Betriebsorganisationen

entgegenstellt. Nur so werdet ihr endlich zur

Massenaktion gegen die kapitalistische Hungeroffensive

schreiten können — und **darum**

werdet Mitglieder der Allgemeinen Arbeiter-Union!

Auch jene „Grundsätze", von denen die Rede ist, sind recht fragwürdiger Natur. Die Ortsgruppe Leipzig fordert von allen, die zur KAPD. stoßen, ihre bürgerliche Existenz in die Luft zu sprengen, wenn es die revolutionären Grundsätze verlangen". Wir sind auch dieser Meinung. Wir haben jedoch schon gezeigt, daß „Grundsätze" niemals abstrakte Begriffe sein können, sonst kommt selbst der grundsatzfesteste in Teufels Küche. Des weiteren muß ausgesprochen werden, daß eine solch allgemeine Formulierung völlig wertlos ist. Wir stellen die Frage, ob für die Besetzung notwendig werdender Funktionen, die nicht durchaus sämtlich ausgeführt werden können, die besten und befähigsten Genossen die Pflicht haben, diese Funktionen anzunehmen, angesichtet dessen, daß sie damit ihre „bürgerliche Existenz in die Luft sprengen", die ihnen ein ganz anderes Einkommen sicherer, als das, welches die Partei ihnen geben kann. Die Anwendung solcher „Grundsätze" sprengt nicht „bürgerliche Existenzen" in die Luft, sondern würde jede revolutionäre Organisation in die Luft sprengen, denn die Partei kämpft nicht in einem leeren Raum, sie kämpft im Kapitalismus, und ihre Kraft resultiert aus der Summe der zusammenströmenden Energien vieler Kämpfer, die verschiedenen Lebens- und Existenzbedingungen unterworfen sind. In der revolutionären Aktion, wenn die Partei ruft, ist das „In die Luft sprengen" Pflicht. Aber ein „Grundsatz" allgemein angewandt, ist dies — eine Phrase!

Die sachliche Stellung der Partei kann auch keine Rücksicht nehmen darauf, ob auf das Unvermögen einiger Genossen, diesen Standpunkt zu begreifen, die Feinde der Partei spekulieren. Wenn die Genossen den Rathenau und Korschisten keine anderen Argumente entgegensetzen können, als daß sie das, was jene bezwecken, in die Tat umsetzen, so wahren sie damit verdammt nicht das Prestige der Partei, sondern sie machen die Partei lächerlich. Wenn die Genossen keine anderen Argumente für ihre antiparlamentarische Stellung haben, so beweisen sie nichts mehr und nichts weniger, als daß sie die noch parlamentarisch eingestellten Proletarier in dieser Einstellung bestätigen, weil jene Gründe, die die Genossen in Leipzig anführen, einfach nicht stichhaltig sind für die Arbeiter, die darüber nachdenken! Dieser „Antiparlamentarismus" ist zum Schaden für die Partei.

Wir brauchen nur den konkreten Fall setzen: Ein Parlamentarier legt aus moralischer Entrüstung sein Mandat nieder, — und geht zum Syndikalismus, um zu zeigen, daß diese „Demonstration" nicht immer eine revolutionäre Tat sein braucht, sie kann auch eine lächerliche Schrulle sein. Für die Partei jedoch kommt es darauf an, zu verhüten, daß sich in der Partei eine Ideologie breit macht, deren Inhalt die anarchistische Verschwommenheit ist, und die nicht die Entwicklung zum revolutionären Sozialismus fördern, sondern die eine Etappe auf dem Wege ins Nichts ist, auch wenn sie unter der Maske des „prinzipiellen Antiparlamentarismus" segelt.

Proletarisches Notizbuch

Elbebiistrost. In Fürth (Bayern) ist die gesamte Stadtverordnetenfraktion der KPD., fünf Mann hoch, zur SPD. übergetreten. Die Leute ziehen wenigstens die Konsequenzen aus dem Leninismus.

•

Bei den russischen Manövern waren, wie die „Rote Fahne" in einer Illustration zeigt, auch die Militärattachés der kapitalistischen Länder anwesend, wohl um sich zu überzeugen, wie die „Kerls" bei einem militaristischen Bündnis einzuschätzen sind.

•

„Sozialistischer Aufbau". Die russische Regierung hat der Siemens Halske A.-G. einen Auftrag zum Bau von Signalen und Sicherheitseinrichtungen für eine Vorortstrecke in Moskau erteilt. — Ferner hat die russische Regierung der Fried. Krupp A.-G. die Lieferung der Maschinerie für ein neues Zementwerk übertragen, das in der Nähe von Noworossijsk demnächst mit Maschinen modernster Konstruktion und automatischen Oefen errichtet wird. Ein Teil der Maschinen ist bereits eingetroffen. Das Werk soll 1929 in Betrieb genommen werden. — So arbeiten die deutschen Proleten an dem sozialistischen Aufbau, ohne daß sie das ahnen!

Bestellschein

Ich bestelle hiermit ab _____ die

Kommunistische „Arbeiter-Zeitung".

(Vor- und Zuname)

(Wohnort und Straße)

Dieser Bestellzettel ist an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO.36, Lausitzer Platz 13, zu senden oder direkt der zuständigen Postanstalt zu übergeben.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Suin, Neukölln. Druck: Erdmann & Co., Berlin SO 36, Moritzstr. 6741.

8. Jahrg. Nr. 80

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pfg.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13. Telephon-Nr.: Moritzplatz 7832.

Berlin, 17. Oktober 1927.

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 578.42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Bln. SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Wahlsiege, Kampfniederlagen

Die Wahlen zu den städtischen Körperschaften in Hamburg und Königsberg haben mit einem „Siege" der Sozialdemokraten und Bolschewisten geendet, wobei die größere Schwester, die Sozialdemokratie, den Vogel abgeschossen hat. Darob Triumphgeschrei in den Spalten der sozialdemokratischen Presse beiderlei Geschlechts. Wenn man die Bolschewisten hört, so ist das Geschrei der „Ultralinken" vom Zerfall und Bankerott der „stalinistischen" Ideologie hiermit ein für alle Mal widerlegt und abegtan. Dagegen ist das Triumphgeheul des Vorwärts merkwürdig schnell abgeflaut. Die Herren Sozialdemokraten wissen, warum sie die Schwänze so schnell einziehen.

Die Armee der Nichtwähler ist bei den Hamburger Wahlen im Vergleich zu den Mai- und sonstigen Wahlen des Jahres 1924 um etliche zehntausend zurückgegangen. Sie beträgt aber immer noch in die Hunterttausende. Unter dieser Schar dürften sich außer einer Reihe von Spießbürgern und Spießbürgerinnen, die sich um Politik „grundsätzlich" nicht kümmern, Tausende und Abertausende von klassenbewußten Arbeitern sein, die den Wahlrummel und das parlamentarische Unwesen herzlich satt haben, aber aus irgendwelchen mehr äußerlichen oder auch inneren Gründen den Weg zur Allgemeinen Arbeiter-Union und Kommunistischen Arbeiter-Partei noch nicht gefunden haben. Hier eröffnet sich für beide Organisationen ein weites Feld vertiefender und vorwärtsdringender Aufklärungsarbeit.

Die bürgerlichen Parteien von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen haben mehr oder minder starke Stimmenverluste zu verzeichnen. Das bedeutet im Zusammenhang mit den oben erwähnten Stimmen der Sozialdemokraten und Bolschewisten ohne weiteres, daß größere Teile verärgerter Kleinbürger beginnen, den Hindenburgrummel satt zubekommen und daß sie von ihrem Haß gegen den Namen des Sozialismus abzulassen beginnen, ohne jedoch den Zauberbann der politischen Ideologie des Bürgertums mit dem Parlament im Mittelpunkt durchbrechen zu können. Hier rächt sich bitter die organisatorische Schwäche unserer revolutionären kommunistischen Arbeiterpartei, die es allein vermochte, den Klärungsprozeß der Besten unter diesen Arbeitern über den Rahmen der bürgerlichen Ideologie hinauszuführen und aus den Nachläufern der Wahlparteien revolutionäre Kämpfer des Proletariats zu machen.

Daß die Sozialdemokratie hierzu nicht imstande ist, steht ja allgemein fest. Ihr kommen sogar die Wahlsiege nicht allzu gelegen. Die alten sozialdemokratischen Schieber haben nämlich ein Bündnis mit der Bürgerblockregierung des Herrn Marx abgeschlossen, wonach sie dieser bis zu den nächsten Reichstagswahlen keine ernstlichen Schwierigkeiten machen wollen. Nun scheuen sie im jetzigen Moment selbst vor den parlamentarischen Folgen ihrer Wahlsiege zurück, denn sie wären gezwungen, wenn sie im jetzigen Zeitpunkt des Abflauens der deutschen Scheinkonjunktur in die Regierung gelangten, ihre Wähler schneller und unvermittelter zu enttäuschen als ihnen lieb wäre: Hinzu kommt, daß sie so wie so bei den kommenden Reichstagswahlen in Kollision geraten, da sie gezwungen sind, die zu ungefähr gleicher Zeit stattfindenden Preußenwahlen in umgekehrter Front zu schlagen. Denn während im Reich der Kampf gegen den Bürgerblock „Trumpf" sein soll, setzen sie in Preußen mit einer der Parteien dieses Bürgerblocks, dem schwarzen Zentrum, in treulicher Koalitionsgemeinschaft. So spiegelt sich selbst in dem parlamentarischen Spiel dieser alten Routiniers das ganze politische Durcheinander der deutschen bürgerlichen Verhältnisse wieder und es wird auch hieran klar, wie wenig die Sozialdemokratie, die nicht einmal imstande ist, aus dem von ihr selbstgeschaffenen parlamentarischen Gestrüpp einen Ausweg zu finden, etwas zur Behebung der wirklichen Nöte der Massen tun kann. Der Reformismus hat keine objektiven Grundlagen mehr. Mit eben so viel Dummheit, wenn auch vielleicht mit dem Versuch, sie raffinierter zu verbergen, dreht sich die KPD. im selbstgeschaffenen parlamentarischen Kreise. Sie ist gezwungen, den ihr von den Massen gewährten Kredit noch brutaler zu verwirtschaften. Daß, wie die Trän' auf der scharfen Zwiebel auf den Wahlsieg in Hamburg sofort ein offener Brief unserer Bolschewisten an die dortige SPD. erfolgte, indem sie sich zur „Duldung" eines sozialdemokratischen Senats erboten, sofern dieser Arbeiterpolitik triebe, braucht bei der ganzen Einstellung unserer Stalinisten nicht Wunder zu nehmen, interessant ist aber, daß die Rote Fahne vom 13. Oktober bereits weiter vorstößt. Sie drückt einen Artikel der Pravda ab, in dem die Errichtung einer sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeiteregierung für Deutschland gefordert und ihr von Seiten der Bolschewisten Unterstützung zugesagt wird. Da zugleich — wenn auch nach einigem Zögern — die Reichstagsauflösung gefordert wird, so wissen wir wenigstens, welches Ziel sich die Strategen des Ekki im neuen Rahmen setzen. Vielleicht sind bis dahin die Verhandlungen zwischen der 2. und 3. Internationale, als deren Vertreter der englische Gewerkschaftsführer Cook in den Spalten der Roten Fahne

Rußlands Jahrzehntfeier

In wenigen Wochen kann die „Sowjetunion" auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Um diesem Tag die nötige Weihe zu geben, ist ein besonderes Festkomitee eingesetzt worden. Bei der Kunst der russischen Leninistenführer, Massenveranstaltungen größten Stils zu inszenieren, ist am diesjährigen 7. November allerhand zu erwarten. Die Militärparaden in Moskau werden noch imposanter sein, als in den vergangenen Jahren. Desgleichen die Massendemonstrationen mit Sowjetbannern. Außerdem ist auf engtische Initiative eine „Konferenz aller ausländischen Arbeiterdeligierten in Moskau" geplant, um der russischen Jahrzehntfeier einen internationalen Charakter zu geben. Endlich werden auch die Diplomaten der mit Rußland befreundeten Kapitalsmächte nicht versäumen, diesmal besonders feierliche Trinksprüche auf das Wohl des „ersten Arbeiterstaates" auszubringen.

Schon die Tatsache, daß seit Jahren bereits prominente Bourgeois immer zu den geladenen Ehrengästen auf den Novemberfeiern der Sowjetbotschafter gehören, sagt jedem klassenbewußten Proletarier, daß mit dem „sozialistischen Aufbau" Rußlands etwas nicht stimmen muß. Denn daß z. B. Stresemann oder Geßler als Vertreter der deutschen Kapitalistenklasse sich für den „Sozialismus im russischen Arbeiterstaat" begeistern würden, ist doch einfach ein Ding der Unmöglichkeit, da sich die Führer der Bourgeoisie eben nicht so leicht täuschen lassen wie Kleinbürger und sozialdemokratische Arbeiter.

Auch die imposante Jahrzehntfeier in Moskau wird nicht die geschichtliche Wahrheit aufheben, daß hinter den Sowjetfahnen eine andere Welt steht als die, für die das russische Proletariat 1917 auf die Barrikaden stieg. Vor zehn Jahren standen die russischen Arbeiter auf dem Vorposten der sozialistischen Weltrevolution, die ganze internationale Kapitalistenwelt stand ihnen in Wehr und Waffen gegenüber. Die russischen Proletarier blieben dennoch Sieger im Bürgerkrieg gegen die an allen Fronten anstürmende Konterrevolution, weil die gegen den Feudalismus kämpfende Millionenarmee der Bauern ihre natürlichen Bundesgenossen waren.

Aber das russische Proletariat errang in der kriegskommunistischen Phase nur einen politischen Sieg, d. h. einen Sieg, der trotz alles Opfermutes keine ökonomische Basis hatte und deshalb kein Hebel des wirklich sozialistischen Aufbaues sein konnte. Denn nicht die Industriearbeiter waren in der russischen Oktoberrevolution die gesellschaftlich ausschlaggebende Schicht, sondern das Riesenheer der Landarmen Bauern, die gleichzeitig ihre Agrarrevolution schlugen und mit der erfolgreichen Durchführung der letzteren auch das soziale Übergewicht erlangen mußten. Die von den Bolschewiki selbst eingeleitete Landverteilung förderte die Entwicklung der Bauernschicht zu einer besitzenden Klasse mit Privateigentumsinteressen und öffnete damit einer „sowjet"-kapitalistischen Aera den Weg. Und mit der Einführung der „Neuen Oekonomischen Politik" setzte Lenin selbst das Siegel unter das neue Wirtschaftsprogramm der Konzessionen an die kapitalistische Produktionsweise, und den Schlußstrich unter den Anfang des kriegskommunistischen Systems.

Vor zehn Jahren hißten die russischen Proletarier auf den Zarenburgen die Sturmfahnen der kommunistischen Revolution — heute warten die „roten" Diplomaten auf Bündnisangebote von imperialistischen Bourgeoisien!

Vor 10 Jahren erklärten die russischen Arbeiter allen in- und ausländischen Privateigentümern den revolutionären Krieg — heute ist die Moskauer „Sowjetregierung" bereit zur Abtragung der Zarenschulden an Frankreich! Vor zehn Jahren hatten die Soldaten der Oktoberrevolution die ganze Kapitalistenwelt zum Todfeind — heute ist die „rote" Russenarmee bereit, in einen bürgerlichen Kriegsblock gegen den englischen Imperialismus einzutreten! Vor zehn Jahren wollte von den kriegskommunistischen Wirtschaftsplänen des russischen Proletariats kein Kapitalist der Erde etwas wissen — heute lebt ein ganzes Rudel von Kapitalisten nur von den Profitgeschäften mit dem „ersten Arbeiterstaat"! Vor zehn Jahren flüchtete die zaristische Meute vor dem bewaffneten Proletariat ins Ausland — heute gedeiht unter dem Schutze der „roten" Armee die neue Bourgeoisie der Kulaken und Nepmänner!

1917—1927. Zehn Jahre nur, eine kurze Zeitspanne in der Weltgeschichte. Aber in diesen zehn Jahren ist die große russische Revolution vom Kommunismus auf ihren kapitalistischen Gegenpol geschleudert worden, ist das russische Proletariat durch die Ungunst der ökonomischen Situation ihres Landes in die neue Sklaverei der NEP. getrieben. Nichts von den Errungenschaften der Oktoberrevolution ist der russischen Arbeiterklasse geblieben als der Sowjetstern in der roten Fahne, als Parteigötzen als höchste Staatsbeamte und etliche soziale Reformchen. Auf dem Lande werden die kleinen Bauern von den kapitalkräftigen Großen aufgefressen und müssen das karge Brot des Tagelöhners essen oder in die Industrie abwandern. Die Industrie aber produziert auch nach kapitalistischen Methoden: sie kauft die Arbeitskraft als Ware, sie muß sich mit möglichst niedrigen Produktionskosten konkurrenzfähig halten, sie muß rationalisieren und so alle überflüssigen Proletarier ins Elend der Erwerbslosigkeit stoßen. Die durch die NEP. entfesselten kapitalistischen Kräfte haben jedoch ihre eigenen Entwicklungsgesetze: sie durchlöchern auch immer mehr das Außenhandelsmonopol, diese letzte Domäne der staatlichen Drosselung der Privatwirtschaft, — sie stoßen das „sozialistische" Rußland immer weiter in das kapitalistische Wirtschaftsgetriebe hinein. Die Klassengegensätze im „ersten Arbeiterstaat" sind heute schon so groß, die soziale Lage des Proletariats so schlibar auf dem alten Wege der Verelendung, das selbst alte russische Bolschewistenführer gegen den regierungsbolschewistischen Kurs ihre Stimme erheben. Doch die Trotzki, Sinowjew u. Gen. begreifen nicht, daß der Leninismus der Gefangene der russischen Oekonomie ist und können deshalb nicht Wegweiser jener wirklich kommunistischen Arbeiteropposition sein, die heute schon wieder mit der Verbannung nach Sibirien rechnen muß.

Was aber dem russischen Proletariat auf seinem neuen Leidensweg der NEP.-Wirtschaft auch noch an schweren Prüfungen bevorstehen mag — die kommunistischen Grundprinzipien der Oktoberrevolution: die Arbeiterräte als Schwert der revolutionären Diktatur, werden ein Ziel des internationalen proletarischen Befreiungskampfes sein und bleiben. Am zehnten Jahrestage des 7. November steht die russische Arbeiterklasse wieder am Anfang, wie das internationale Proletariat noch am Anfang steht — doch die Lösung ist dieselbe wie vor zehn Jahren: vorwärts in den Kampf um den Kommunismus, trotz alledem!